:antifaschistische nachrichten

Nr. 19

g 3336 29.9.2016 32. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

„KOPP-Kongress“ in Augsburg

Augsburg. Der „KOPP-Verlag“ aus Rottenburg will am 29. Oktober einen „Geopolitik- Kongress“ im Augsburger Kongress am Park durchführen. Unter dem Motto „Geopolitik - Warum die Welt keinen Frieden findet!“ will der Kongress u.a. über die „Förderer der Massenzuwanderung“ und „ihre wahren Motive“ aufklären sowie über die „Rolle angloamerikanischer Denkfabriken bei der Manipulation der öffentlichen Meinung“ informieren, heißt es in der Werbung für den Kongress. Als Referenten angekündigt werden Friederike Beck von der „Gesellschaft für internationale Friedenspolitik“, Wolfgang Effenberger, Mitautor des Buches „Pax americana“, die KOPP-Autoren

F. William Engdahl und Peter Orzechowski sowie der Publizist Dr. Daniele Ganser.

hma ■

Neue Fraktion in Dormagen

Dormagen/Kreis Neuss. Norbert Back, Stadtrat in Dormagen und ehemaliger Aktivist der selbsternannten „Bürgerbewegung pro NRW“, bildet mit dem der AfD-Abspaltung „Alfa“ zugehörigen Stadtrat Markus Roßdeutscher künftig eine gemeinsame Fraktion. Roßdeutscher, der den Fraktionsvorsitz übernimmt, spricht von einem „Zweckbündnis“. Wenn es ums Geld gehe, spiele „offensichtlich auch für „Alfa“ die politisch korrekte Abgrenzung nach rechts keine Rolle mehr“, kommentiert „Pro NRW“ diesen Zusammenschluss.

hma ■

Ausstellung eröffnet

Schleiden. Am 11. September hat die Betreibergesellschaft „Vogelsang IP“ die lange angekündigte Ausstellung über die ehemalige „NS-Ordensburg Vogelsang“ in der Eifel eröffnet. Unter der Über-

Aus dem Inhalt:

Marine Le Pen startet ihren Vorwahlkampf 7

Das Migranten-Camp in Calais steht vor dem Abriss 9

Zur Änderung des AsylbLG 11

ES REICHT!

Rechte Gewalt stoppen

2000 gegen rchte Gewalt in Dortmund

Es war ein eindrucksvolles und friedliches Zeichen, welches die „Kampagne „Es reicht – Rechte Gewalt stoppen in Dortmund und anderswo“ am Samstag in Dortmund setzte. In der Spitze mit 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war der Demozug in der Nordstadt und der City unterwegs.

Mehr als 40 antifaschistische und bürgerliche Gruppen riefen zur Teilnahme auf

40 Gruppen, Parteien und Institutionen hatten dazu aufgerufen – einen so breiten und vielfältigen Zusammenschluss aus antifaschistischen Gruppen und bürgerlichen Kräften hat es lange nicht (noch nie?) in Dortmund gegeben.

Die VeranstalterInnen wollten unabhängig von einem Neonazi-Aufmarsch ein politisches Zeichen setzen. Sie besuchten daher u.a. Tatorte rechter Gewalt, um auf das Problem der Neonazi-Gewalt zu sprechen zu kommen.

Denn die Übergriffe und Gewalttaten haben in den vergangenen Wochen erneut deutlich zugenommen. Vermeintliche politische Gegner, aber auch FlüchtlingshelferInnen und JournalistInnen geraten wieder zunehmend ins Visier der Neonazis.

Wie das enden kann, machte die Demoroute mehr als deutlich: Schließlich steuerten die DemonstrantInnen den Tatort des Mordes am türkischen Kioskbesitzers Mehmet Kubasik in der Nordstadt sowie den Tatort des Mordes am Punker Thomas Schulz („Schmuddel“) am U-Bahnhof Kampstraße an. Insgesamt fünf Morde in Dortmund gingen zwischen 2000 und 2006 auf das Konto von Neonazis.

Eindrucksvolles Schweigen für die Opfer rechter Gewalt in der Nordstadt

Beeindruckend war vor allem die Schweigeminute auf der Mallinckrodtstraße: Wie als wenn man einen Schalter umgelegt hatte, hätte man trotz der 2000 TeilnehmerInnen die sprichwörtliche Stecknadel fallen hören können.

Auch der Startpunkt war passend gewählt: Los ging es auf der Nordseite des Hauptbahnhofs: In Sichtweite des NSU-Mahnmals wie auch der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache wurde an rechtsextreme Gewalt damals wie heute erinnert.

Die TeilnehmerInnen erinnerten außerdem auch an die durch einen Neonazi ermordeten drei Polizisten – allerdings liegt der Gedenkstein dafür in Brackel und damit außerhalb der Laufweite der Demo.

„Wir werden die Serie rechter Gewalt stoppen und uns nicht einschüchtern lassen, sondern stehen Seite an Seite mit den Opfern und ZeugInnen rechter Gewalt“, machten die TeilnehmerInnen in den Redebeiträgen deutlich. Das Motto: „Getroffen wird Einer – gemeint sind wir aber Alle.“

Eintreten für eine weltoffene Gesellschaft, in der Faschisten nichts zu melden haben

Gemeinsam traten sie für eine weltoffene Gesellschaft ein. Und die Botschaft an

Fortsetzung Seite 2 unten

schrift „Bestimmung: Herrenmensch. NS-Ordensburgen zwischen Faszination und Verbrechen“ wollen sich die Betreiber auf 750 Quadratmetern an den unterschiedlichsten Aspekten der NS-Ordensburgen abgearbeitet haben. Untersucht wurden Anspruch und Wirklichkeit des elitären NS-Schulsystems und was aus den Schülern geworden ist, von denen viele später in den Verwaltungen der von den Nazis besetzten Länder eingesetzt wurden und z.B. als Gebietskommissare für die Ermordung zigtausender Menschen verantwortlich waren. Öffnungszeiten: Täglich von 10 bis 17 Uhr. Eintritt: 8 Euro. www.vogelsang-ip.de.

hma ■

Neuer Dachverband

JENA. Knapp 30 Burschenschaften wollen sich vom 30. September bis 3. Oktober in Jena zu einem neuen Dachverband unter dem Namen „Allgemeine Deutsche Burschenschaft“ zusammenschließen. Die Studentenverbindungen hatten mit der Austrittswelle ab 2012 den alten Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ verlassen.

hma ■

„Die Aktivisten sollen eingeschüchtert werden“

Düsseldorfer Antifaschisten sehen sich nach Aktionen des zivilen Ungehorsam mit Geldstrafen konfrontiert. Gespräch mit Mischa Aschmoneit

Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf hat Strafbefehle in Höhe von insgesamt 210 Tagessätzen à 50 Euro gegen Torsten Nagel, den ehemaligen Geschäftsführer der Falken Düsseldorf, und gegen Sie verhängt. Aus welchem Grund?

Die Anklage stützt sich auf Aussagen von Zivilpolizisten, die gehört haben wollen, wie wir zu Blockaden eines Neonaziaufmarsches und einer Rassistenkundgebung aufgerufen haben sollen. In der Tat sind Torsten Nagel und ich in den vergangenen Jahren mehrfach Anmelder und polizeiliche Kooperationspartner von Demonstrationen des breiten Bündnisses „Düsseldorf stellt sich quer“ gewesen, das öffentlich zu Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen die „Dügida“-Aufmärsche, aber auch gegen Kundgebungen der Republikaner und der AfD aufgerufen hatte. Es hätte also keiner Zivilpolizisten bedurft, um das herauszufinden. Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf macht jetzt allerdings aus Sitzblockaden einen „Landfriedensbruch“ und will von Torsten Nagel 6000 Euro und von mir 4500 Euro erhalten – ersatzweise 120 Tage bzw. 90 Tage Haft.

Wie erklären Sie sich diesen Verfolgungseifer?

Innerhalb der Staatsanwaltschaft Düsseldorf gibt es nicht wenige Personen, denen unser breites und aktionsorientiertes Bündnis DSSQ schon seit längerem ein Dorn im Auge ist. Ende vergangenen Jahres hatten wir zum Beispiel die interessante Situation, dass bei einer Sitzblockade gegen einen Neonaziaufmarsch die Polizeiführung vor Ort die Räumung als unverhältnismäßig ansah, der anwesende Staatsanwalt jedoch eine Nötigung der Neonazis konstruierte und auf Räumung mittels Pfefferspray einsatz drängte.

Die Aktivistinnen und Aktivisten von DSSQ sollen also eingeschüchtert werden, und das soll durch Polizeigewalt auf der Straße sowie durch juristische Strafmaßnahmen geschehen. Ob die handelnden Personen in der Staatsanwaltschaft Düsseldorf das aus Gründen ihrer persönlichen Nähe zur stärker werdenden AfD oder aus ihrem Verständnis der Funktion der Justiz im Staat des Kapitals heraus machen, ist dabei nebensächlich.

Widerspricht dieses krasse Ausmaß an staatlicher Kriminalisierung denn nicht den bisherigen Appellen, auch der NRW-Landesregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Zivilcourage gegen Neofaschisten und Rassisten zu zeigen?

Ja, das tut es. Und das bekommen auch viele mit, die bislang dieser Rhetorik Glauben geschenkt haben. Zugleich erfahren wir Solidarität von Menschen aus den Regierungsparteien, die nicht einverstanden damit sind, was die NRW-Polizei und die NRW-Justiz gegen Antifaschisten und Antirassisten unternimmt.

Wie wollen Sie mit den Strafbefehlen umgehen?

Wir haben Widerspruch eingelegt und warten ab, was passiert. Sollte die Staatsanwaltschaft ihre Anklage zurückziehen, werden wir ganz normal politisch weiterarbeiten. Sollte sie es zum Prozess kommen lassen, werden wir dort die Positionen unserer Organisation offensiv vertreten. Der Angriff der Staatsanwaltschaft zielt auf das Bündniskonzept des zivilen Ungehorsams, ein Projekt, das anschlussfähig und mobilisierend ist. Wir werden uns vor Gericht so verteidigen, dass es unabhängig vom Urteil hinterher mehr Unterstützung für unser Bündnis geben wird.

Erhalten Sie Hilfe von Gewerkschaftsgliederungen oder der Linkspartei, die damals ja ebenfalls zu Protesten aufgerufen hatten?

Das Bündnis DSSQ, in dem beispielsweise auch der DGB Düsseldorf und der Stadtverband der Linkspartei Mitglied sind, hat sofort erklärt, dass wir die volle moralische und materielle Unterstützung erhalten. Bereits jetzt gibt es Solidaritätskampagnen von Künstlerinnen, aber auch konkrete Unterstützungsarbeit von Gewerkschaftskollegen, den Falken, der DKP und zahlreichen anderen Initiativen. Und es werden natürlich auch weiterhin Aktionen gegen Neonazis und Rassisten in Düsseldorf organisiert – was auch sonst.

jw/Markus Bernhardt, 26.9.2016 ■

---

die Neonazis war klar: „Wir zeigen euch, dass ihr hier nichts zu sagen habt.“ Den Abschluss fand die Demo mit einem Musik- und Wortprogramm auf dem Reinoldikirchplatz.

Die Neonazis wagten – anders als bei der spontanen „Es reicht!“-Demo nach Dorstfeld am 20. August – keine Provokationen. Sie verlegten sich darauf, nur „ihren Nazi-Kiez“ in Dorstfeld zu schützen.

Doch dabei machte ihnen die Polizei einen Strich durch die Rechnung: So kontrollierten u.a. auf der Emscherstraße Beamte vier Personen, die dem rechten politischen Spektrum zuzuordnen sind. Bei ihnen fanden sie mehrere Schlagwaffen. Diese wurden sichergestellt und entsprechende Straf- und Ordnungswidrigkeitenanzeigen gefertigt. Die betroffenen Personen erhielten zudem einen Platzverweis.

Noch im Vorfeld warnte die Polizeiführung davor, dass sich auch gewaltbereite Straftäter unter die friedlichen Versammlungsteilnehmer mischen könnten. Doch dazu kam es – wie schon am 20. August – nicht.

Polizeipräsident lobt die friedliche Protestkultur gegen Rechts

Die Polizei konnte auf einen friedlichen und störungsfreien Verlauf mit in der Spitze bis zu rund 2000 Teilnehmern zurückblicken. Polizeipräsident Gregor Lange lobte daher die Protestkultur: „Rund2000 Menschen haben das wahre Gesicht Dortmunds gezeigt, indem sie friedlich gegen den Rechtsextremismus Flagge gezeigt haben!“

Quelle: Nordstadtblogger.de ■

→

Zu den Ereignissen in Bautzen

Erklärung des Republikanischen Anwaltsvereins (RAA) Sachsen e.V. zu den Ereignissen in Bautzen

In der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag kam es in Bautzen zu Auseinandersetzungen auf dem Kornmarkt in Bautzen. Laut Polizei ging die Eskalation von geflüchteten Jugendlichen aus.

Die Situation auf dem Kornmarkt in Bautzen ist nicht neu. Seit Wochen sammeln sich dort immer wieder Neonazis und rechte Jugendliche. Jugendliche Geflüchtete, die sich ebenfalls auf der sogenannten „Platte“ aufhalten, werden angepöbelt und angefeindet. In den vergangenen Wochen und Monaten gab es immer wieder rassistische Angriffe in Bautzen: so nach dem EM Viertelfinale Deutschland-Italien Anfang Juli. Zunächst kam es auf dem Kornmarkt zu Attacken von ca. 50 Deutschen gegen einen Asylsuchenden. Nachdem die Polizei diesen zu seiner Unterkunft brachte, um weitere Ausschreitungen zu verhindern, zog eine Gruppe von 10 deutschen Männern vor die Wohnung eines weiteren Asylsuchenden, skandierten rechte Parolen und versuchten in das Haus einzudringen.

In Bautzen hat sich seit mindestens zwei Jahren eine rechte Szene erneut etabliert, die für Angriffe, Bedrohungen und Einschüchterungen gegenüber Nicht-Rechten, Flüchtlingsunterstützer_innen, Linken, Sorben und Asylsuchenden verantwortlich ist. Seit Jahren engagieren sich Menschen in Bautzen für eine offene und demokratische Stadt, doch immer wieder sind es solche Ereignisse, die dieses Engagement überschatten. 2014 wurden Veranstaltungen von sorbischen Jugendlichen wiederholt angegriffen, 2015 machten Neonazis am Rande ihrer Demonstrationen wiederholt Jagd auf Gegendemonstrant_innen. Seit 2016 häufen sich die Attacken gegen vor allem jugendliche Flüchtlinge, viele von ihnen minderjährig.

Erst am vergangenen Freitag eskalierte eine rechte Demonstration, die Teilnehmer jagten Gegendemonstranten in das soziokulturelle Zentrum Steinhaus und belagerten dieses, warfen Feuerwerkskörper und Gegenstände, während die Polizei eine Stürmung des Hauses verhinderte.

In dieser Gemengelage davon zu sprechen, dass am Mittwoch die Eskalation von den jungen Geflüchteten ausging, ignoriert die Umstände. Mag von da auch der erste Stein geworfen worden sein, so verkennt eine solche Behauptung, von wem die Gewalt ausgeht. Seit langem versuchen Neonazis in Bautzen den Ton anzugeben. Gruppen wie StreamBz machen im Internet keinen Hehl daraus, ihren Anspruch auf Bautzen gewaltsam durchsetzen zu wollen. Der Kornmarkt ist scheinbar zum symbolischen Ort dieses für die Naziszene typischen Hegemonieanspruchs geworden.

Augenzeugen berichten von einem organisierten und bedrohlichen Auftreten der Nazis auf dem Kornmarkt am Mittwoch und von einem zweifelhaften Vorgehen der Polizei, die die zum Teil minderjährigen Geflüchteten mit Beschimpfungen des Platzes verweisen wollte. Dies und auch die nun ergriffenen Maßnahmen zeigen die einseitige Zielrichtung des Vorgehens in Bautzen. Als Unruhestifter werden die Geflüchteten gesehen, weil sie allein mit ihrer Präsenz bereits provozierten. Mit einem solchen Vorgehen bestärkt man die Angreifer in ihrem Handeln und macht die Betroffenen zu Tätern.

Dass allein Konsequenzen für die geflüchteten Jugendlichen verhängt werden mit Alkoholverbot, Ausgangssperre und Verlegung vermeintlicher „Rädelsführer“ ist das falsche Signal. Konsequenzen muss es vor allem für die Nazis in Bautzen geben. Andernfalls werden diese Gruppierungen weiter an Boden gewinnen und ihrem Ziel einer „national befreiten Zone“ einen Schritt näherkommen.

16.09.2016, www.raa-sachsen.de ■

Stimmung in Bautzen weiter aufgeheizt

„Unseres Landes nicht würdig“: Die Bundesregierung verurteilt die Gewalt im sächsischen Bautzen. Dort kam es erneut zu fremdenfeindlichen Protesten, die aber nicht in Gewalt umschlugen. Weitere Demos wurden vorerst abgesagt.

Im sächsischen Bautzen bleibt die Situation nach den Zusammenstößen zwischen Rechten und Flüchtlingen in den vergangenen Tagen angespannt. Fremdenfeindliche Gruppen kündigten im Internet an, ihre Proteste gegen Asylbewerber vorerst zu stoppen. Sollte es aber nicht „zu einer spürbaren Verbesserung der Situation in der Stadt“ kommen, werde es neue Kundgebungen geben, hieß es auf der Facebook-Seite „Die Sachsen Demonstrationen“. Oberbürgermeister Alexander Ahrens (parteilos) erklärte, er sei zu einem Gespräch mit den rechten Initiatoren der Proteste bereit.

Die Bundesregierung verurteilte unterdessen die Ausschreitungen vom Mittwoch zwischen Flüchtlingen und Deutschen. Es müsse dafür gesorgt werden, dass die Gesetze sowohl von Asylbewerbern als auch von einheimischen Bürgern eingehalten werden, sagte die stellvertretende Regierungssprecherin Ulrike Demmer am Freitag in Berlin. Aggressive, fremdenfeindliche und gewalttätige Ausschreitungen seien „unseres Landes nicht würdig“, betonte sie. …

Bürgermeisterin räumt Versäumnisse ein

Der stellvertretende Ministerpräsident Sachsens, Wirtschafts- und Arbeitsminister Martin Dulig (SPD), erklärte, die Ereignisse in Bautzen und anderen sächsischen Orten zeigten, „dass Integration kein Selbstläufer ist“. „Wir brauchen ausreichend Personal, um diese große Aufgabe zu lösen.“ Gerade geflüchtete Kinder und Jugendliche dürften nicht sich selbst überlassen werden. Um die Situation vor Ort zu befrieden, setze er auf eine starke Bürgergesellschaft.

Oberbürgermeister Ahrens räumte nach den Unruhen Versäumnisse ein: „Ich sehe das schon selbstkritisch, dass wir hier die Entwicklung auf dem Kornmarkt ein bisschen unterschätzt haben. Dass es dann so eskaliert, damit habe ich auch nicht gerechnet“, sagte Ahrens dem Hessischen Rundfunk. Er kündigte den Einsatz von Sozialarbeitern auf dem Platz an und versprach mehr Polizeipräsenz.

Ausländerbeauftragte: Beängstigende Gemengelage

Zu der Ankündigung der rechtsgerichteten Demonstranten, vorerst die Proteste zu stoppen, erklärte Ahrens: „Zu einem sachlichen Gespräch bin ich immer bereit“. Dabei könne auch über Versäumnisse und Missstände gesprochen werden. Bedingungen lehnte er indes ab. Die Rechtsextremen hatten unter anderem erklärt, „Gruppierungen von trinkenden, pöbelnden und aggressiven Asylbewerbern» würden nicht mehr geduldet.“

Der sächsische Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth (CDU) sprach von einer „beängstigenden Gemengelage“ in Bautzen. Unabhängig von der notwendigen weiteren Aufklärung der Ereignisse hätten „beteiligte Gruppen“ und hinter ihnen Stehende Bautzen „möglicherweise als strategisches Ziel für eine Art Stellvertreterkrieg ausgewählt“. …

Quelle: www.migazin.de 19.09.2016 ■

Amok im München – Ereignis und Folgen

Inzwischen ist die Öffentlichkeit über den Ablauf und die Vorgeschichte der Mordserie informiert. Vorgefallen ist ein weiterer juveniler Amoklauf, der hier wie sonst zumeist auch mit dem Scheitern schulischer bzw. beruflicher Laufbahnen verbunden gewesen ist. Für die Öffentlichkeit und die Schulträger bleibt die Frage, was Schulträger, Lehrkräfte, Eltern und natürlich auch die Schülerschaft gegen die Tendenz zum Mobbing tun können. Dieser Aufgabe stellt sich die zivile Gesellschaft, siehe den hier (Politische Berichte 08/2016) dokumentierten fraktionsübergreifenden Antrag des Münchner Stadtrates.

Anders als früher: die Politik hält sich zurück

Auf einem anderen Blatt stehen die Entwicklungen, die bei der Organisation des Polizeieinsatzes zu erkennen waren. Vorab muss an die unrühmliche Tradition politisch gelenkter Ermittlungen erinnert werden, die dazu führte, dass die Hintergründe des Oktoberfest-Attentates von 1980 unklar blieben und die Suche nach Mittätern trotz anhaltender Kritik der Öffentlichkeit eingestellt wurde. Erst Ende 2014, 34 Jahre nach der Tat und nachdem alle an den Ermittlungen leitend Beteiligten von der Bühne verschwunden sind, hat die Bundesanwaltschaft neuerlich zur Aufklärung jener Ereignisse angesetzt. Es darf unter keinen Umständen übersehen werden, dass die Polizei- und Justizbehörden in diesem neuen politisch konnotierten Fall streng bestrebt waren, unparteiisch und so weit irgend möglich vollständig zu ermitteln. Und es ist auch wichtig, dass die Politik, d.h. die Staatsregierung, das auch so gewollt hat. Anders als bei dem Olympia-Attentat von 1973 und dem Oktoberfestattentat von 1980 und anders auch als bei den Ermittlungen in Sachen NSU-Morde liegt in diesem aktuellen Fall eine rechtlich geordnete Reaktion auf eine Ausnahmesituation vor.

Ordnungskräfte, Daseinsvorsorge, Medien – vernetzt?

Und eine Ausnahmesituation war an jenem Freitagnachmittag gegeben. Zunächst klassifizierte die Polizei – wie sich später herausstellen sollte durchaus zutreffend, das Ereignis als Amok-Tat. Dann aber verschob sich die Wahrnehmung. Eine Zivilstreife der Polizei, die nach dem Alarmruf als erste am Tatort eintraf, und auch einen fehlgehenden Schuss auf den flüchtenden Täter abgab, wurde von Augenzeugen, die Zivile und einen Zivilen feuern sahen, für Mittäter gehalten. Von diesem Moment an konnte die Polizeiführung nach den vorliegenden Daten einen organisierten Terroranschlag nicht mehr ausschließen. Unter dieser Annahme wurde ein Alarmplan aktiviert, der einen Verbund mit den Polizeiverbänden des Bundes und anderer Bundesländer, mit Einsatzkräften des Nachbarstaates Österreich sowie mit in München stationierten Feldjägerdienstkommando 3 der Bundeswehr hergestellt hat. Als Militärpolizei sind Feldjäger sowohl für die Festnahme soldatisch ausgebildeter Kriminalverbrecher ausgerüstet wie auch auf das Niederkämpfen meuternder oder marodierender Truppenteile. In den Alarmplan integriert war auch die gesamten Einrichtungen der zivilen Daseinsvorsorge der Stadt, namentlich des öffentlichen Personennahverkehrs, sowie des Gesundheits- und Rettungswesens. Der Oberbürgermeister wurde in seiner Eigenschaft als oberster Landesbeamter und Chef der Verwaltung in den Krisenstab gerufen. Die Organe der Kommunalen Selbstverwaltung waren ausgeblendet. Wie sich im Laufe des Abends aus den Fakten erschloss und inzwischen belegt ist, stand die ganze Aktion unter der Leitung des Münchner Polizeipräsidenten. Dies hätte auch für einen Einsatz der Feldjägereinheiten gegolten. Organisatorisch zeigt sich ein Übergang der staatlichen Macht an die Polizei im Vollzug.

Polizei im Vollzug zeigt sich als Herr der Lage

Die Polizei ging sofort nach den ersten Meldungen selbst an die Öffentlichkeit. Die Berichterstattung der Presse sank zum bloßen Beiwerk herab. Rundfunk und Fernsehen wurden zu Verbreitungsmedien des Pressesprechers der Polizei. Die Reporter vor Ort blieben in dem großräumigen und entsprechend unübersichtlichen Einsatzgebiet Randfiguren ohne Chance eigenständiger Lagebeurteilung oder Faktenerhebung.

Neu und für die Zukunft bedeutsam war das Zusammenspiel von öffentlich-rechtlichem Rundfunk, neuen Medien und Polizeikommunikation. Die neuen Medien liefern den Angeschlossenen ein spezifisches Lagebild, das auch Fehlinformationen und Fehlinterpretationen in Umlauf bringt. Hauptsächlich aus dieser Quelle speisten sich Nachrichten von Terrorangriffen an verschiedenen Orten der Stadt. Im Zusammenspiel auf die Nachrichtenlage der Polizei mühten sich Funk und Fernsehen um zeitnahe Verifizierung bzw. Falsifizierung von Falschmeldungen. Das konnte glaubhaft nur geschehen, weil und soweit die Stadt als Einsatzort der Polizei weitgehend stillgelegt wurde.

Münchens Verkehr hängt am öffentlichen Personennahverkehr. Offensichtlich sah der Alarmplan die Stilllegung des ÖPNV vor, die sehr schnell erfolgte. Gleichzeitig wurde die Bevölkerung aufgefordert, zuhause zu bleiben bzw., falls unterwegs, Zuflucht zu suchen. Auf diesem Wege wurde die Zahl der Ziele möglicher Terrorangriffe auf Menschenansammlungen reduziert. Gleichzeitig wurde die Beweglichkeit der motorisierten Polizeikräfte erleichtert und alle anderen Bewegungen wurden in der leeren Stadt auffällig. Die Masse der über die neuen Medien einlaufenden, wie sich nachträglich zeigt zumeist falschen Meldungen (z.B. Schießereien „am Stachus“, „am Isartor“ und „bei der Abendzeitung“) konnten so nach folgendem Muster verarbeitet werden:

Wir danken für die Nachricht – bleiben Sie aufmerksam. Warnung über neue Medien und Rundfunk an Alle – wir verschwiegen nichts! Zuverlässige Verifizierung/Falsifizierung: Wir fahren hin! Entwarnung! Und: Bleiben sie weiter aufmerksam!

In diesem Prozess erscheint die Öffentlichkeit als informiert und beteiligt, und die Polizei erscheint nicht nur als Herr der Lage, sie ist es auch.

Die Öffentlichkeit ordnet sich ein

Die Vernetzung von Organen der Staatsgewalt, Einrichtungen der Daseinsvorsorge, Massenmedien und individuellen Nachrichten via neue Medien ereignete sich an diesem Abend schnell und reibungslos. Im Lauf der Nacht wurde dann zweifelsfrei klar, dass ein einzelner Amokläufer unterwegs gewesen war, der sich durch Selbstmord der Festnahme entzogen hat. Dieser Mensch, der mit einer großkalibrigen Handfeuerwaffe (9 mm) gemordet hat, führte in seinem Rucksack 300 Schuss Munition mit sich. Mit ca. 50 abgegebenen Schüssen hatte er neun Menschen getötet und viele weitere schwer verwundet. Vor diesem Informationshintergrund hat kaum jemand den großen Alarm mit seinen tief ins zivile Leben eingreifenden Maßnahmen ernsthaft kritisiert.

Der Ablauf der Alarmierung belegt, dass die öffentliche Gewalt, der Ordnungsstaat, die Einrichtungen der Daseinsvorsorge und die Medien binnen einer halben Stunden von dem zivilen auf einen polizeirechtlichen Modus umgestellt werden kann. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür scheinen allesamt vorhanden. In diesem geregelten Ausnahmezustand ist die Polizei (und das eventuell mit →

„Hooligans Gegen Satzbau“ lehnten Facebook-Preis ab

Die Initiative „Hooligans gegen Satzbau“, die sich in Anlehnung an die selbsternannten „Hooligans gegen Salafisten“ gründeten, wurde gestern mit dem Publikums-Award des von Facebook vergebenen „Smart Hero Award“ ausgezeichnet. HoGeSatzbau nutzte die Bühne, um Facebook zu kritisieren.

Während es um die Hooligans gegen Salafisten ruhig geworden ist, räumen die Hooligans gegen Satzbau einen Preis ab.

Die Aktivisten von „Hooligans gegen Satzbau“, die sich kontinuierlich gegen Hass-Kommentare bei Facebook engagieren, fordern von dem größten sozialen Netzwerk der Welt ein deutlicheres eigenes Vorgehen gegen Hasskommentare: „Es ist allerhöchste Zeit, dass Facebook auf menschenverachtende Inhalte genauso schnell reagiert, wie auf nackte Brüste. Zeit, dass die Politik begreift, dass sich der Hass bereits aus den sozialen Netzwerken seinen Weg in die Realität bahnt. Wir sind es leid, als Antwort auf Meldung von Hass und Hetze, eine Nachricht zu bekommen, dass nicht gegen eure Gemeinschaftsstandards verstoßen wurde, während wir eure Nutzer täglich animieren, sich gegen Menschenfeindlichkeit einzusetzen“, hieß es in der Rede von HoGeSatzbau nach Verleihung des Preises.

Das Preisgeld gab HoGeSatzbau an die Initiative ENOUGH is ENOUGH - OPEN YOUR MOUTH zur Unterstützung der LGBTI Community weiter. „Wir könnten überflüssig sein, wenn ihr handeln würdet! Dass wir von euch für unsere Arbeit ausgezeichnet werden, ist absurd, belief sich Euer Dank bisher doch auf unsere Sperrungen und Löschungen. Wir können, wie viele hier, Geld, oder besser noch, eine zuverlässige Förderung, dringend brauchen. Es fällt uns schwer, Geld von einem Konzern zu erhalten, der sich, unterstützt von der Bundesfamilienministerin, mit einem Kleingeld in Höhe von 2500€, eine weiße Weste kauft“, hieß es in der Rede von HoGeSatzbau zur Kritik an Facebook weiter.

HoGeSatzbau arbeitet mit den drei fiktiven Figuren Elsbeth Grammatikhool, Kiki Klugscheißerhool und dem Grafikhool gegen die sogenannte Rechts-Schreibung in den sozialen Netzwerken, die Internethooligans wegen „übertriebener Vaterlands- und Volksliebe“ oder aus „Rassentheorien und Vernichtungsfantasien“ im Netz ablassen.

Faszination Fankurve, 21.09.2016 ■

---

ihr kombinierte Militär) nur durch seine eigenen Einsatzregeln gebunden, ansonsten aber absoluter Herr der Lage, und zwar über eine ganze Stadt, eine Region und alle Institutionen der Öffentlichkeit.

Politische Konsequenzen

Der Anlauf der Münchner Ereignisse lässt die Vermutung zu, dass mit dieser Planung auch ein tatsächlicher, von mehreren Kommandos gleichzeitig getragener Terrorangriff hätte bekämpft werden können. Ein wichtiger Grund dafür ist die hohe Bereitschaft der Bevölkerung, ihr Schicksal der Polizeiführung anzuvertrauen. Staat und Gesellschaft haben sich, so muss man das wohl interpretieren, auf den Kriegszustand eingestellt, der sich an der Südostgrenze der EU entfaltet und Terrorangriffe auf dem Gebiet von EU-Staaten erwarten lässt. Diese neue Harmonie bietet Sicherheitsbehörden und Ordnungspolitikern die Möglichkeit, weitere Wege des Durchgreifens zu bahnen. Inzwischen stehen das Aufenthaltsrecht Zuflucht Suchender, das Arztgeheimnis, das Kommunikationsgeheimnis, die freie Wahl von Wohnung und Aufenthalte und was nicht sonst noch auf der Agenda. Zusätzlich wird die Polizei militärtypische Operationsweisen (den Feind niederkämpfen) einüben. Ganz erhebliches Gewicht wird die Kontrolle des Datenverkehrs und die Sammlung personenbezogener Daten („Gefährder“) durch den Staat gewinnen.

Es entsteht eine Rechts- und Faktenlage, in der „Big-Data“ und „zivil-militärische Aktion“ dafür sorgen, dass die Ausübung der legalen Opposition von der Duldung durch staatliche Beobachter abhängt. Die Demokratie wird dabei zur jederzeit rückholbaren Leihgabe. Der temporäre Ausnahmezustand kann, bei Vorliegen von Spannungen, zum Normalzustand werden.

Recht im Krieg und Recht im Ausnahmezustand

Diese Entwicklung ereignet sich nicht frontal gegen den Willen der Bevölkerung. Gibt sich die Demokratie von selbst auf? Die Gefahr besteht, muss aber nicht Wirklichkeit werden.

Tatsächlich beruht die unleugbare breite Akzeptanz des Ausnahmezustands auf zwei Faktoren:

Erstens wurde aus den Nachrichten des Abends deutlich, dass „die Politik“ in diesem ernsten Fall der Versuchung widerstand, das Ereignis politisch auszuschlachten. Zweitens hielt die Polizei ihr Vorgehen soweit irgend möglich transparent, und man konnte sehen, dass der Einsatz in dem – freilich weit gezogenen Rahmen – rechtlich geordneter Verfahren bleiben sollte und auch blieb.

Deutsche politische Traditionen neigen dazu, den Kriegs- und Ausnahmezustand als entfesselte Willkür zu definieren. Das tut die Staatsrechtslehre des immer noch einflussreichen Konservativen und NS-Ideologen Carl Schmitt, und geradeso sieht es, wenn auch ablehnend, die linke Kritik.

In der realen Politik und den tatsächlichen Spannungszuständen und Gefährdungslagen wird es aber entscheidend darauf ankommen, festzuhalten, dass auch im Krieg und auch im Ausnahmezustand sichere Menschenrechte gelten. Dabei können auch auf den ersten Moment unscheinbare Fragen wichtig werden: Kommandiert der (politisch interessierte) Staatschef den Einsatz oder handelt ein auf Recht, Gesetz und Verfahrensvorschriften verpflichteter Fachbeamter? Kommandiert der Polizeipräsident die Feldjäger oder die Verteidigungsministerin die Polizei? Was ist hier schlimmer, was weniger gefährlich?

Kampf um Demokratie, Menschenrechte und um den Rechtsstaat

Unscharfe Kriterien wie „Vertrauenswürdigkeit“ usw., gehen nicht einfach auf erfreuliche Charaktereigenschaften der Beamtenschaft zurück, sie hängen mit der inneren Bindung der Personen an die rechtliche geordnete Demokratie zusammen, eine Bindung, die durch jahrlange geübte und in den Institutionen tradierte Praxis entsteht. Dazu gehört natürlich auch die breit von der Bevölkerung getragene öffentliche Meinung. – Wohl kaum kann die Linke angesichts dessen der Verpflichtung entgehen, einen Spruch wie „legal – illegal – scheißegal“ kritisch zu reflektieren.

Martin Fochler, München, Juli 2016■

Hotspots in Griechenland brennen, Europa lässt Flüchtlinge im Stich

In dem vollkommen überfüllten Hotspot Moria kam es am Montag zu einem Brand – über 4000 Flüchtlinge mussten evakuiert werden. Seit Monaten ist die Situation auf der griechischen Insel Lesbos äußerst angespannt. Europas menschenverachtendes Inhaftierungsexperiment auf den griechischen Inseln muss unverzüglich beendet werden.

Der Brand ereignete sich am Abend des 19. September 2016 gegen 17 Uhr im Hotspot Moria auf der griechischen Insel Lesbos und geriet in kurzer Zeit außer Kontrolle. Zelte und Wohncontainer fingen Feuer, über 4.000 Flüchtlinge mussten evakuiert werden. Die obdachlosen Schutzsuchenden flohen in die umliegenden Felder und suchten im nahe gelegenen Dorf Moria Zuflucht. »Was ich sah, war der Horror«, berichtet Ariel Ricker, eine deutsche Rechtsanwältin, die Montagnacht vor Ort war.

Die Zustände in den völlig überfüllten Hotspots auf den griechischen Inseln sind schon lange katastrophal. PRO ASYL ist mit dem Projekt »Refugee Support Program in the Aegean (RSPA)« vor Ort und berichtete wiederholt von untragbaren, gefährlichen Zuständen. Da die Umverteilung von Flüchtlingen aus Griechenland in andere EU Staaten nicht vorankommt, verschlimmert sich die Situation in den Lagern zusehends.

Relocation – ein europäisches Trauerspiel

Für viele der etwa 57.000 gestrandeten Flüchtlinge wäre das Relocation-Programm der Europäischen Union die einzige Hoffnung darauf, Griechenland und die katastrophalen Verhältnisse in den Lagern auf legalem Weg verlassen zu können. Allerdings gilt dieses Umverteilungsprogramm nur für einige wenige Nationalitäten, vor allem für syrische Schutzsuchende. Flüchtlinge aus Afghanistan und Irak sind von vorhinein ausgeschlossen.

Doch selbst diese unzureichenden Zusagen der europäischen Mitgliedsstaaten werden nur äußerst schleppend umgesetzt. Insgesamt wurden von September 2015 bis zum 21. September 2016 lediglich 5920 Menschen EU-intern umverteilt (4134 aus Griechenland und 1156 aus Italien). Diese Bilanz ist nach einem Jahr unterirdisch. Von den am 22. September 2015 zugesagten 160.000 Relocation-Plätzen konnten gerade einmal 3,3% tatsächlich in Anspruch genommen werden. So werden die Flüchtlinge in Griechenland und auch die Einwohner*innen der griechischen Inseln mit der eskalierenden Situation im Stich gelassen.

Griechenland: Freiluftgefängnis für Flüchtlinge

Seit dem Inkrafttreten des EU-Türkei Deals am 20. März 2016 wurden die Registrierungszentren auf den griechischen Inseln, die sogenannten Hotspots, de facto in Haftlager umgewandelt. Seitdem werden alle Schutzsuchenden, die in Griechenland anlanden – darunter größtenteils Frauen und Kinder – ausnahmslos inhaftiert.

Die meisten von ihnen sitzen dort bis heute fest und warten auf den Abschluss ihrer Zulässigkeitsverfahren, in denen vorerst nur geklärt wird, ob sie in die Türkei abgeschoben werden oder nicht. Seit dem 20. März wurden dementsprechend kaum Asylanträge geprüft, weswegen auch keine Familienzusammenführungen mit Angehörigen in anderen EU Staaten oder eine Teilnahme am sogenannten Relocation-Programm der EU möglich ist.

Das menschenverachtende Experiment auf den griechischen Inseln muss unverzüglich beendet werden.

Zum 13. September 2016 saßen UNHRC zufolge 13.171 Flüchtlinge in den Hotspots und Aufnahmezentren auf den griechischen Inseln fest – womit die eigentliche Kapazität von 7.450 Aufnahmeplätzen fast bis ums Doppelte überschritten wurde. Die Haftlager und provisorischen Unterkünfte sind völlig überfüllt, die hygienischen Verhältnisse katastrophal, von baulichen Sicherheitsmaßnahmen kann keine Rede sein.

In den sogenannten Hotspots gelangen Schutzsuchende weiterhin kaum an Informationen zum Verfahren, die Angst vor einer Abschiebung in die Türkei ist allgegenwärtig. Die Bedingungen in einigen Camps seien „besonders besorgniserregend und gefährlich“, so der Bürgermeister von Lesbos, Spiros Galinos.

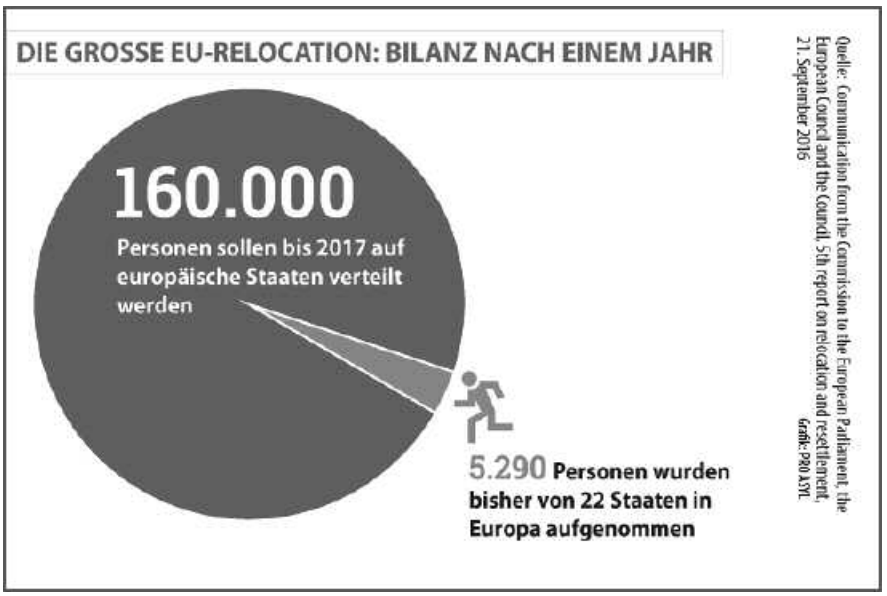
Hotspot Moria: Überfüllt, katastrophale hygienische Bedingungen und Angst vor Abschiebung

Immer wieder war es in den vergangenen Wochen zu Protesten gegen die menschenunwürdigen Bedingungen im Camp Moria auf Lesbos gekommen. Laut Angaben des UNHCR wurden Mitte September 5660 Schutzsuchende auf der Insel festgehalten, bei einer Kapazität von nur 3500 Aufnahmeplätzen. Außerdem waren Medienberichten zufolge Gerüchte aufgekommen, dass Massenabschiebungen in die Türkei drohten. Gleichzeitig gibt es für die Lagerinsassen keine Perspektive, den Hotspot verlassen zu können.

So kam es auch am Montag früh zu einem Protest von Schutzsuchenden in Moria. Deren Situation auf der Insel wird immer unerträglicher. Am Sonntag waren BewohnerInnen der Insel im Schulterschluss mit Rechtsradikalen gegen Flüchtlinge auf die Straße gegangen. Mitglieder der rechtsextremen »Goldenen Morgenröte« schlossen sich an und griffen schließlich drei Frauen an, von denen eine als Freiwillige in einem Flüchtlingsaufnahmelager arbeitete.

Auf den Trümmern des Hotspots

Für die obdachlos gewordenen Flüchtlinge aus dem Hotspot Moria gibt es bisher noch keine neuen Unterkünfte. Einige von ihnen sind in das abgebrannte Lager zurückgekehrt, andere campieren unter freiem Himmel, auf den Straßen von Mytilene oder verstecken sich noch in den Wäldern der Insel. Für bis zu 1000 Per-



→

Marine Le Pen startet ihren Vorwahlkampf: „Im Namen des Volkes“

Erst kamen die Drohungen, dann folgt das Geld? Nachdem er am 24. August dieses Jahres damit gedroht hatte, bei den Parlamentswahlen im Juni 2017 eigene Kandidaten gegen die seiner früheren Partei aufzustellen, schickt Jean-Marie Le Pen sich nun an, die Wahlkämpfe ebendieser Partei zu finanzieren. Der Gründer und langjährige Chef des rechtsextremen Front National (FN) – zwischen 1972 und 2011 – war im August 2015 infolge antisemitischer Äußerungen aus der Partei ausgeschlossen worden. Ihm wurde parteischädigendes Verhalten vorgeworfen.

Am 12. September 2016 berichtet nun die Tageszeitung Le Parisien, der 88jährige Amtsvorgänger und Vater der jetzigen Vorsitzenden Marine Le Pen werde sowohl die Kampagne des FN bei den Präsidentschaftswahlen vom April und Mai kommenden Jahres als auch die zu den nachfolgenden Parlamentswahlen finanzieren. Die rechtsextreme Partei benötigt dafür jeweils fünfzehn Millionen Euro. Derzeit kann sie jedoch nur rund zehn Prozent dieser Summe mobilisieren. Französische Banken sperren sich bislang dagegen, ihr Kredite zu erteilen. Deswegen appelliert der Schatzmeister des FN, Wallerand de Saint-Just, derzeit sowohl an russische als auch an US-amerikanische Banken sowie an private Spender; ein russisches Kreditinstitut hatte dem FN im Jahr 2014 bereits neun Millionen Euro geliehen. Doch Jean-Marie Le Pen verfügt über eine eigene Organisation zur Parteienfinanzierung, die in den 1980er Jahren gegründete Cotelec (Abkürzung für Cotisations électorales Le Pen).

Diese will er nun dem Bericht zufolge für die bevorstehenden Wahlkämpfe des FN einspannen. Das hat aber nicht nur „uneigennützige“, politisch-ideologische Gründe, geschweige denn Vaterliebe als Motiv zugrunde liegen – seit dem Ausschluss Jean-Marie Le Pens aus der einstmals von ihm geleiteten Partei spricht er nicht mehr mit Marine Le Pen. Die Parteienfinanzierung über Cotelec ist jedoch nicht kostenlos und erfolgt auch nicht auf Selbstkostenbasis (auch wenn Jean-Marie Le Pen dies zu behaupten scheint), sondern basiert vielmehr auf rückzahlbaren Krediten mit fünfprozentiger Verzinsung. Cotelec profitiert also finanziell davon. Vor allem aber würde die Organisation schnell eingehen, würde sie sich weigern, Wahlkämpfe des FN zu finanzieren – denn genau dafür erhält sie wiederum Gelder von privaten Spendern.

War Jean-Marie Le Pen im Namen der durch die jetzige Parteiführung ausgerufenen Linie der dédiabolisation (ungefähr: Entdämonisierung) ausgeschlossen worden, so droht eine Annäherung an den früheren Chef diese Kommunikationsstrategie zu konterkarieren. Unterdessen legt Marine Le Pen sichtbaren Wert darauf, ihre Taktik demonstrativ zu unterstreichen. Auch weiterhin versucht sie, in der Öffentlichkeit so beruhigend wie möglich aufzutreten. Ihr Slogan im frühen Vorwahlkampf lautete während des ersten Halbjahres 2016: La France apaisée („Das zur Ruhe/zum Frieden gekommene Frankreich“), und bei ihrem ersten öffentlichen Auftritt nach der Sommerpause am 3. September dieses Jahres spann sie den Faden fort, indem sie ein neues, ähnliches Motto ausgab. Dieses lautet l’apaisement par l’autorité („Durch Autorität zum Frieden kommen“). Es handelt sich jedoch nur um vorläufige Parolen, und im Laufe der kommenden Wochen oder Monate wird noch eine bislang unbekannte Wahlkampfdevise vorgestellt werden.

Anlässlich der „Sommeruniversität“ des FN, die am Wochenende des 17./18. September d.J. in Fréjus – der zweitgrößten rechtsextrem regierten Stadt in Frankreich, an der Côte d’Azur – stattfand, wurde eine neue Parole ausgegeben: Au nom du peuple („Im Namen des Volkes“). Daran kündigte allerdings eine gleichnamige Vereinigung an, gerichtlich gegen diese Namenswahl vorzugehen[1]. Zugleich wurde der erst 28jährige neofaschistische Bürgermeister von Fréjus, David Rachline, als Wahlkampfleiter für die bevorstehenden Wahlkampagnen eingesetzt[2].

Die Chefin des FN gibt sich „moderat“, Konservative radikalisieren ihr ideologisches Profil

Ganz im Zeichen ihrer Beruhigungsstrategie, die um jeden Preis zu vermeiden versucht, dass der FN „in eine extreme Ecke gestellt wird“, grenzte Marine Le Pen sich in den letzten Wochen vom konservativen Präsidentschaftskandidaten Nicole Sarkozy ab – indem sie versucht, sich im Vergleich zu ihm als gemäßigter darzustellen. Infolge der Terroranschläge im Juli d.J. hatten Sarkozy und seine Umgebung mehrere Wochen lang explizit gegen Anforderungen der Rechtsstaatlichkeit gewettert. Der Sarkozy nahestehende konservative Experte für Innere Sicherheit und Präsident der Bezirksregierung in Nizza, Eric Ciotti, echauffierte sich etwa über eine Journalistenfrage nach dem Respekt des Rechtsstaats: „Sie würden mir eine solche Frage nicht stellen, hätten Sie wie ich die Leichen am Strand von Nizza gesehen. Die reden nicht mehr vom Rechtsstaat!“

Da fällt es Marine Le Pen relativ leicht, sich vergleichsweise moderat zu geben. Am 27. August d.J. erklärte daraufhin Nicolas Sarkozys Rivale und – ebenfalls – Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur, François Fillon: „Ich war verstört und unglücklich darüber, dass ich hören musste, wie Marine Le Pen sich erlaubt, manche Verantwortlichen unserer Partei zurecht zu weisen. Dies sagt viel darüber aus, wie Manche versuchen, dem FN hinterherzulaufen, um Wahlen zu gewin-

Fortsetzung nächste Seite

1 Vgl. http://lelab.europe1.fr/lassociation-au-nom-du-peuple-met-en-demeure-marine-le-pen-dabandonner-son-nouveau-slogan-2851951

2 Vgl. http://www.lemonde.fr/election-presidentielle-2017/article/2016/09/17/marine-le-pen-entre-en-campagne-presidentielle-a-frejus-avec-ses-estivales_4999181_4854003.html

sonen sollten Unterbringungsmöglichkeiten auf einer Fähre im Hafen von Mytilene geschaffen werden, was bisher aber noch nicht gelungen ist.

Auch ob beziehungsweise wie es mit dem Hotspot weitergeht ist nach wie vor unklar. Der Bürgermeister von Lesbos hat sich gegen eine Wiedereröffnung des Lagers ausgesprochen. UNHCR fordert, die Menschen zügig auf das Festland zu bringen.

Das menschenverachtende Experiment beenden!

PRO ASYL fordert eine menschenwürdige Unterbringung der Schutzsuchenden auf dem Festland. Das menschenverachtende Experiment auf den griechischen Inseln muss unverzüglich beendet werden. Eine wirkliche europäische Lösung muss aber auch die zügige Öffnung legaler Ausreisemöglichkeiten für Schutzsuchende aus Griechenland nach Europa beinhalten.

Flüchtlingen muss ermöglicht werden im Rahmen von Familienzusammenführung zu ihren Angehörigen in anderen EU Staaten zu gelangen. Für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge – wie zum Beispiel unbegleitete Minderjährige – muss es humanitäre Möglichkeiten zur Aufnahme in Europa geben. Die Umsetzung der zugesagten Relocation-Pläne wäre ein weiterer, notwendiger Schritt.

PRO ASYL, 22.9.2016 ■

Fortsetzung von voriger Seite

nen.“ Fillon, er war von 2007 bis 2012 Premierminister unter Präsident Sarkozy, äußerte sich unter Anspielung auf eine verbale Aufforderung Marine Le Pens, beim Rechtsstaat zu bleiben.

Am Sonntag, den 11. September 16 leistete sich die Chefin des FN gar den Luxus, auf eine Nachfrage beim Fernsehsender TF1 – ob ihr zufolge dass der Islam einen Platz in der Republik finden könne – zu antworten: „Ich glaube, ja.“ Woraufhin die rechtsextreme Politikerin noch einige Bedingungen dafür aufzählte; dennoch verwirrte der Satz einige ihrer Parteikameraden gehörig[3]. Zwar beinhalten ihre öffentlichen Äußerungen in schöner Regelmäßigkeit das genaue Gegenteil, und die Ablehnung einer erkennbaren Präsenz der muslimischen Religion in Frankreich gehört zum Kerngeschäft ihrer Partei. Doch ihre Pirouette erlaubte es Marine Le Pen, vergleichsweise moderat dazustehen, während Nicolas Sarkozy in grellen Farben eine islamische Bedrohung ausmalt, von einer „Verteidigung der französischen Identität“ spricht[4] und in bedenklichen Worten einen „totalen Krieg gegen den Terrorismus“ fordert[5]. Wobei in diesem Falle übrigens auch der zitierte François Fillon nicht nachsteht, der seinerseits jüngst sogar einen „Weltkrieg“ erfunden hat, inzwischen jedoch erkennen musste, dass er Sarkozy nicht mehr rechts überholen[6].

Laut Angaben in Le Monde vom 13. September d.J. wollen voraussichtlich 13 Prozent der Wählerinnen und Wähler von Marine Le Pen bei der Präsidentschaftswahl vor fünf Jahren im kommenden November an der Urwahl der Konservativen teilnehmen. Bei ihnen wird, am 20. und 27. November 16, der nächste Präsidentschaftskandidat der Konservativen bestimmt. Acht Bewerber konnten sich qualifizieren, fünf mussten aus dem Rennen ausscheiden. Mehrere von ihnen setzen darauf, mit Hilfe auch der FN-Wählerschaft die Kür zu erlangen.

Valls walzt

Aber auch Manuel Valls, der amtierende Premierminister, meldete sich in diesem Spätsommer zu Wort und verteidigte die Beschlüsse von dreißig rechtsgerichteten Rathausregierungen, bestimmte muslimische Badebekleidungen zu verbieten (vgl. http://www.heise.de/tp/artikel/49/49219/1.html) auf offensive Weise. (Vgl. Vgl. dazu sein Interview vom 17. August d.J.: http://www.laprovence.com/article/politique/4078328/valls-sur-le-burkini-une-vision-archaique-de-la-place-de-la-femme-dans-lespace-public.html und http://www.laprovence.com/actu/en-direct/4077340/le-1818.html) Er steht seit Jahren für einen autoritären Staats-Laizismus, welcher als pure Ausgrenzungsideologie funktioniert. Was im Übrigen einen klaren Bruch mit dem historischen Laizismus – also dem Prinzip der Trennung von Kirche, im Sinne des französischen Gesetzes vom 09. Dezember 1905 – darstellt. Denn Letzterer stellte einen Anspruch an den Staat dar, dieser müsse konfessionell neutral bleiben; während in der neueren autoritären Variante der Staat mit weltanschaulichen Ansprüchen an bestimmte Bevölkerungsgruppen und an die Zivilgesellschaft herantritt. Kein Wunder also, das seine immer größere rechte Flanke in der Argumentation des autoritären Ausgrenzungs-“Laizismus“ klafft, und dass dieser Begriff inzwischen lässt auch durch Marine Le Pen und andere Rechtsextreme instrumentalisiert wird, nach dem Motto „Hauptsache, es geht gegen Muslime“.

Valls hatte in jüngerer Vergangenheit etwa das Vorgehen eines Unternehmens lautstark gerechtfertigt, das darin bestand, das Kopftuchtragen als Kündigungsgrund einzustufen und dadurch einen juristischen Präzedenzfall zu schaffen[7].

Er hat sich für ein Kopftuchverbot nicht nur – wie es seit dem Gesetz vom 15. März 2004 in Kraft ist – für Schülerinnen unter elterlicher Vormundschaft, sondern auch an Universitäten für erwachsene und mündige Studentinnen gefordert (was mutmaßlich schlicht verfassungswidrig wäre)[8].

Und ihm nahestehende sozialdemokratische Senatoren hatten 2012 einen Gesetzentwurf erarbeitet, der Frauen sogar verboten hätte, bei sich zu Hause in den eigenen vier Wänden ein Kopftuch zu tragen, sofern sie Aufträge für Kleinkinderbetreuung im eigenen Haus übernehmen[9].

Das Vorhaben wurde bislang nicht weiterverfolgt, auch wenn die Debatte darüber 2015 nochmals neu aufgetaut wurde[10].

Dagegen kritisierten zwei von Valls’ amtierenden Ministerinnen, Regierungssprecherin und Schulministerin Najat Vallaud-Belkacem oder „NVB“ sowie Gesundheitsministerin Marisol Touraine, explizit die jüngsten Verbotsverfügungen in den Medien. Vallaud-Belkacem – die sich selbst gegen den „Burkini“ ausspricht – sprach sogar davon, diese trügen zu einer „Freisetzung/Befreiung rassistischer Redeweisen“ bei; aus gutem Grund, denn im selben Zeitraum kam es etwa im Pariser Umland zu einem Skandal, als ein Restaurantbesitzer sich weigerte, zwei Kopftücher tragende Frauen zu bedienen[11]. Die Ministerin bezeichnete das Verhalten zumindest einiger der betreffenden Rathausregierungen als „Entgleisung“ (dérive)[12]; diese gössen „Öl ins Feuer“. Manuel Valls antwortete ihr daraufhin am 25. August postwendend: „Diese Verfügungen sind keine Entgleisung, das ist eine schlechte/falsche Interpretation.“[13]

Mit solchen Bürgerlichen, und solchen Sozialdemokraten, darf man sich auf einen Wahlkampf gefasst machen, der bestehende Spannungen schüren und die Bedingungen für interreligiöses und interkulturelles Zusammenleben nochmals erschweren wird. Die Jihadisten, unter anderem, dürfen sich darüber freuen – während warnende Beobachter mahnen, deren Propaganda werde nun über Jahre hinaus befeuert.

Ihr erstes öffentliches Meeting nach dem Ende der Sommerpause hielt Marine Le Pen in dem Dörfchen Brachay ab, das in Ostfrankreich in der Nähe von Saint-Dizier liegt. Diese Kommune mit 55 Einwohner wird seit einiger Zeit vom FN zum alljährlichen Pilgerort verwandelt, seitdem die rechtsextreme Partei dort bei der Präsidentschaftswahl 2012 ihren höchsten Stimmenanteil überhaupt einfuhr – 72 Prozent für ihre damalige und künftige Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen. Als einzigen Spitzenpolitiker zitierte diese am 03. September 16 in Brachay wiederum ihren konservativen Konkurrenten Nicolas Sarkozy, den sie als Heuchler angriff: Er gebe vor, den radikalen Islamismus zu bekämpfen, sei jedoch

3 Vgl. http://www.marianne.net/islam-compatible-republique-phrase-marine-pen-qui-trouble-les-militants-fn-100245880.html //

4 Vgl. http://www.lefigaro.fr/politique/2016/08/22/01002-20160822ARTFIG00279-sarkozy-candidat-sous-le-signe-de-l-identite-francaise.php

5 Vgl. http://www.lepoint.fr/politique/terrorisme-sarkozy-plaide-pour-une-guerre-totale-12-09-2016-2067942_20.php

6 Vgl. http://www.lejdd.fr/Politique/Fillon-au-JDD-Nous-sommes-entres-dans-une-forme-de-guerre-mondiale-798736

7 Vgl. dazu u.a. http://www.lefigaro.fr/actualite-france/2013/03/19/01016-20130319ARTFIG00669-baby-loup-mise-en-cause-de-la-laicite-selon-valls.php und http://www.lemonde.fr/politique/video/2013/03/19/baby-loup-valls-regrette-l-annulation-de-la-cour-de-cassation_1850675_823448.htmlb – Valls äußerte sich damals als amtierender Innenminister und griff dadurch quasi offen in Justizvorgänge ein.

8 Vgl. u.a. http://www.lemonde.fr/campus/article/2016/04/13/interdiction-du-voile-a-l-universite-valls-relance-le-debat_4901346_4401467.html und http://www.huffingtonpost.fr/2016/04/13/manuel-valls-loi-interdiction-voile-universite-politique-religion-islam_n_9677716.html oder http://www.marianne.net/interdiction-du-voile-universite-valls-contredit-les-deux-ministres-concernes-100242026.html Siehe auch als Résumé dazu: http://www.lemonde.fr/education/article/2016/04/14/voile-a-l-universite-le-faux-debat_4901668_1473685.html

9 Vgl. http://www.marieclaire.fr/,voile-senat-laicite,20123,449247.asp und http://www.leparisien.fr/societe/les-nounous-interdites-de-voile-08-02-2012-1851821.php sowie http://www.islamophobie.net/articles/2013/03/14/loi-anti-nounous-voile-assemblee-islamophobie-loi

10 Vgl. http://www.liberation.fr/societe/2015/02/20/l-assemblee-a-nouveau-a-l-offensive-contre-les-nounous-voilees_1206522

11 Vgl. Etwa http://www.huffingtonpost.fr/2016/08/28/cenacle-tremblay-en-france-femmes-voilees-indignation_n_11750846.html //

12 // Vgl. http://www.europe1.fr/politique/najat-vallaud-belkacem-je-suis-contre-le-burkini-2829472//

13 Vgl. http://www.laprovence.com/actu/en-direct/4077340/le-1818.html und http://www.ouest-france.fr/politique/manuel-valls/valls-vallaud-belkacem-les-arretes-anti-burkini-pas-une-derive-4434225

Das Migranten-Camp in Calais steht vor dem Abriss

„Wir müssen dieses Camp abreißen, vollständig, definitiv“, tönte Frankreichs Staatspräsident François Hollande an diesem Montag, den 26. September d.J. im nordfranzösischen Calais. (Vgl. http://www.francetvinfo.fr/france/nord-pas-de-calais/migrants-a-calais/direct-migrants-francois-hollande-en-visite-a-calais_1842467.html#xtor=EPR-51-[direct-migrants-francois-hollande-en-visite-a-calais_1842467]-20160926-[bouton]) Seine Worte bezogen sich auf das als „Jungle“ bezeichnete, größerenteils informelle Migranten-Camp in der Nähe dieser Hafenstadt am Ärmelkanal. Damit zeichnet sich eine neue Beschleunigung der Ereignisse rund um die Migrantensiedlung in Nordostfrankreich an. Aus diesem Anlass bieten wir einen Überblick über die neueste Entwicklung in der französischen Migrationspolitik, rund um Calais und anderswo. Am Sonnabend/Samstag, den 1. Oktober 2016 wird unterdessen eine erneute Solidaritätsdemonstration vor Ort stattfinden, zu welcher auch aus Paris Busse anreisen werden.

Angekündigte Zerstörung des „wilden“ Teils des Calais-Camps

Allem Anschein nach bereitet die französische Staatsmacht sich nunmehr ernsthaft darauf vor, das Camp in Calais auf Dauer zu zerstören. Angekündigt ist seine „Evakuierung“ und sein vollständiger Abbau „vor Jahresende 2016“[1]. Gemeint ist damit der informelle, selbstorganisierte, nicht staatlich durchgeplante Teil des „Jungle“; hingegen wird das vom Staat errichtete Containerlager, mit geplanten 1500 Insass/inn/en, voraussichtlich bestehen bleiben. Zusätzlich sollen weitere 500 Personen in eigenen Camps für Frauen und Jugendlichen verbleiben – laut den Plänen der Regierung[2].

Für die übrigen derzeitigen Bewohner/inne/n des Camps ist geplant, sie über das gesamte französische Staatsgebiet zu verteilen – auf 161 so genannte „Empfangs- und Orientierungszentren“ (CAO), die auch als centres de répit bezeichnet werden, wobei répit sowohl „Aufschub“ und „Atempause“ als auch „Entspannung“ bedeutet. Diese Zentren sollen eine Aufnahme für einen Zeitraum zwischen einem und drei Monaten bieten, um den Geflüchteten zu erlauben, sich – so jedenfalls die offizielle Sichtweise – von den Lebensbedingungen im überfüllten Camp in Calais zu erholen; vor allem aber dafür soll dieser Zeitraum dafür da sein, dass die Betreffenden sich das Vorhaben einer Überfahrt auf die britischen Inseln definitiv aus dem Kopf schlagen. Stattdessen sollen sie sich zwischen dem Stellen eines Asylantrags auf französischem Boden (dem die Überstellung in eine offizielle Asylbewerberunterkunft folgen kann, zumindest theoretisch, weil in solchen Flüchtlingsheimen in Frankreich notorischer Platzmangel herrscht) und einer „freiwilligen Ausreise“ entscheiden.

Bereits im Herbst 2015 hat die Verteilung von ersten Migrantinnen und Migranten aus Calais auf solche CAO begonnen. In einigen Fällen stellte sich das Angebot jedoch als Falle für die Geflüchteten heraus, weil etwa in Südwestfrankreich sudanesische Flüchtlinge, die zuvor – bei ihrer Einreise in die EU – Fingerabdrücke in Italien hinterlassen hatten, prompt ihre Abschiebung nach Italien verkündet wurde. Daraufhin stockte der Zulauf zu diesen Zentren, und viele Migranten begannen zu zögern. Zwischenzeitlich scheint jedoch bei den in Calais verbliebenen Geflüchteten ein Run auf die Busse eingesetzt zu haben, um in solche CAO verbracht zu werden[3]. Allerdings handelt es sich vielen Betroffenen wahrscheinlich um eine Art Torschlusspanik; denn da gleichzeitig nun die Ankündigung eines vollständigen Abrisses des informellen Camps im Raum steht, dürften viele befürchten, nicht mehr lange in den „Genuss“ eines freiwillig anzunehmenden Angebots zu kommen. Es zeichnet sich ab, dass wahrscheinlich späterhin mit einer zwangsweisen Verbringung derer, die zögern oder aber nicht von der Idee einer England-Überfahrt ablassen möchten, in andere Landesteile Frankreichs gerechnet werden muss[4].

Ein Hindernis bilden könnte dabei allerdings die feindselige Haltung zumindest mancher Regionen, deren politische Vertreter nicht wünschen, dass ihnen Migrant/inn/en aus Calais (laut ihrer Diktion) „aufgezwungen“ werden. Das stärkste Kontingent von 1800 Geflüchteten aus Calais soll die Region Rhône Alpes-Auvergne aufnehmen. Deren Regionalpräsident, der konservative Hardliner und Scharfmacher Laurent Wauqiez, startete jedoch landesweite Kampagne mittels einer Petition gegen die Aufnahme von Migranten aus Calais[5]. In Reaktion auf Vorwürfe von seiner Seite sicherte Innenminister Bernard Cazeneuve zu, es werde (entgegen Wauquiez' Behauptung) eine „Abstimmung“ mit örtlichen Politikern stattfinden; man ziehe „freiwillige“ Kommunen für die vorübergehende Ansiedlung von Migranten vor[6].

Unterdessen werden auch die Lebensbedingungen für die Geflüchteten vor Ort immer mehr erschwert. Neben den bereits bestehenden Sperranlagen und Zäunen rund um das Hafengebiet von Calais soll nunmehr bis zum Jahreswechsel 2016/17 zusätzlich eine vier Meter hohe und einen Kilometer lange Mauer errichtet werden, die mit Überwachungskameras und Scheinwerfern ausgestattet sein wird. Sie soll das Betreten der Zufahrtsstraße zum Hafengelände verhindern. Die Kosten in Höhe von 2,7 Millionen Euro werden von Großbritannien übernommen[7]. Hingegen

Fortsetzung Seite 10 unten

1 Vgl. http://www.lci.fr/societe/demantelement-de-la-jungle-de-calais-les-directives-faites-aux-prefets-2002740.html?utm_campaign=Echobox&utm_medium=Social&utm_source=Facebook#link_time=1473745442

2 Vgl. http://france3-regions.francetvinfo.fr/nord-pas-de-calais/migrants-calais-pourquoi-le-demantelement-risque-de-ne-pas-changer-grand-chose-1085513.html

3 Vgl. http://information.tv5monde.com/en-continu/migrants-calais-la-dechirante-selection-pour-partir-vers-les-centres-d-accueil-128012

4 Vgl. https://passeursdhospitalites.wordpress.com/2016/09/13/destruction-du-bidonville-de-calais-le-megaloplan-du-gouvernement/

5 Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2016/09/16/97001-20160916FILWWW00197-refugies-wauquiez-contre-la-creation-de-jungles.php

6 Vgl. http://www.lemonde.fr/immigration-et-diversite/article/2016/09/17/les-elus-concernes-par-l-accueil-des-migrants-de-calais-seront-consultes-disent-cazeneuve-et-cosse_4999459_1654200.html und http://www.maire-info.com/article.asp?param=19926&PARAM2=PLUS&nl=1

7 Vgl. http://www.lefigaro.fr/actualite-france/2016/09/07/01016-20160907ARTFIG00311-calais-un-mur-anti-intrusion-construit-par-londres-pour-empecher-les-migrants-de-passer.php und http://www.lemonde.fr/societe/article/2016/09/17/a-calais-la-france-a-son-tour-construit-un-mur-anti-migrants_4999328_3224.html#xtor=AL-32280270 oder http://www.lemonde.fr/europe/article/2016/09/15/mur-antimigrants-a-calais-ces-obstacles-ne-freinent-pas-la-migration-ils-la-compliquent_4998287_3214.html

---

Anfang August in Marokko mit dem König Saudi-Arabiens zusammengetroffen und lasse sich von den Golfstaaten finanzieren.

Ansonsten knüpfte Marine Le Pen in ihrer Ansprache triumphierend an das britische „Brexit“-Votum von Ende Juni dieses Jahres an und stellte in Aussicht, im Falle ihres Wahlsiegs innerhalb von sechs Monaten in Frankreich eine ähnliche Abstimmung zu organisieren. Infolge eines solchen Referendums, behauptete Marine Le Pen, werde Frankreich „wieder ein freies, stolzes, unabhängiges Volk werden, und wir können Frankreich (dann) seinen wahren Platz in der Welt zurückgeben“.

Bernard Schmid, Paris ■

Flüchtlingsheim in Brand gesteckt

Ein unbewohntes Flüchtlingsheim wurde in Bremen in Brand gesteckt. Die Polizei schließt einen politischen Hintergrund nicht aus. Hinweise auf die Täter fehlen. Sozial-Senatorin Stahmann spricht von einem feigen Anschlag.

In Bremen haben Unbekannte in der Nacht zum Dienstag ein noch unbewohntes Container-Flüchtlingsheim mit einem Molotow-Cocktail in Brand gesetzt. Trotz eines Großeinsatzes der Feuerwehr brannten vier Wohncontainer vollständig aus, wie die Polizei mitteilte. Zwölf weitere der insgesamt 80 Container seien beschädigt. Im Dezember sollten dort die ersten Flüchtlinge einziehen.

Die Polizei geht von Brandstiftung aus, ein politischer Hintergrund wird nicht ausgeschlossen. Jedoch gebe es noch keine Hinweise auf die Täter. Eine sofort eingeleitete Fahndung sei ergebnislos verlaufen. Die Brandursachenermittler und der Staatsschutz ermittelten.

Feiger Anschlag

Die Bremer Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne) sprach von einem „feigen Anschlag". „Er ist ein Angriff auf die Schwächsten der Gesellschaft, und er trifft die Gesellschaft mitten ins Herz." Wer sich von dieser Tat verspreche, „dass Bremen sich weniger um die Aufnahme von Flüchtlingen kümmert, erliegt einem schweren Irrtum", betonte sie.

Bereits im November sollte die Wohnanlage für 135 Flüchtlinge an das Sozialressort übergeben werden. Die Stadt müsse nun über ein neues Sicherheitskonzept nachdenken, sagte die Senatorin. Bislang seien Sicherheitsdienste erst eingesetzt worden, sobald die Immobilie dem Sozialressort übergeben worden sei.

Quelle: www.migazin.de 21.09.2016 ■

Attacke auf syrische Flüchtlinge in Schwerin

Vergangenen montagabend wurden zwei syrische Flüchtlinge von einer Gruppe von vier bis fünf unbekannten Personen bedroht und angegriffen worden. Julian Feller

Wie der Sender N24 berichtet, sind vergangenen Montag Abend zwei syrische Flüchtlinge vor einem Supermarkt von einer Gruppe aus vier bis fünf Personen mit einer Waffe bedroht bedroht worden. Zudem wurden aus der Gruppe heraus ausländerfeindliche Parolen gebrüllt und einer der beiden Flüchtlinge durch einen der Angreifer mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

Die beiden Syrer flüchteten schließlich, die unbekannten Angreifer konnten fliehen. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung, Bedrohung und Volksverhetzung.

Immer wieder kommt es in der Landeshauptstadt Schwerin zu fremdenfeindlichen Übergriffen. Erst Anfang August wurde der mutmaßliche Kopf der rechtsextremistischen Gruppierung „Deutschland wehrt sich" festgenommen, weil er einen islamistischen Terroranschlag in der Stadt vortäuschte.

Infoportal für antifaschistische Kultur und Politik aus Mecklenburg-Vorpommern
http://ino.blogsport.de/
22. September 2016 ■
Quelle: www.migazin.de 19.09.2016 ■

Verzicht auf landesinterne Wohnsitzauflage

Mit Erlass vom 20.09.2016 hat das Niedersächsische Innenministerium angeordnet, anerkannten und aufgenommenen Flüchtlingen keine Wohnsitzauflage nach §12a Abs. 2 – 4 AufenthG zu erteilen. Das bedeutet, dass die Betroffenen ihren Wohnsitz in Niedersachsen frei wählen, aber nicht in ein anderes Bundesland umziehen dürfen, solange sie nicht die in §12a Abs. 1 AufenthG genannten Bedingungen für eine Strei-

---

bezeichnete die konservative Bürgermeisterin von Calais, Natacha Bouchart, das mit britischen Geldern finanzierte Vorhaben als „Schandmauer"[8]. (Ihr wäre es mutmaßlich lieber, überhaupt keinen „Schandfleck" mehr in ihrer Stadt sehen zu müssen…) Ferner wurden seit Jahresbeginn 2016 (und bis September) insgesamt 1.346 Migranten von Calais aus von französischem Boden abgeschoben[9].

Großraum Paris

Seitdem der Zielort Calais für viele Migrant/inn/en zunehmend abschreckend wirkt, nachdem die Wartezeiten für eine eventuelle Kanalüberquerung stark angestiegen sind, nimmt auch die Zahl der auf Wartestation befindlichen Migrantinnen und Migranten im Raum Paris erheblich zu. Seit Juni 2015 fanden dort insgesamt um die dreißig Räumungen von informellen Camps statt, die meist von Menschen bewohnt werden, die nicht ins französische Asylverfahren können – etwa wegen der Anwendung der Dublin-Regeln, nachdem ihre Fingerabdrücke in Griechenland, Italien oder Ungarn aufgenommen wurden – oder nicht wollen. Das französische Asylsystem hat einen denkbar schlechten Ruf. In jüngster Zeit drängen Migrantinnen und Migranten auch deswegen in informelle Camps auf dem Pariser Stadtgebiet, weil nach den Erfahrungen der letzten Monate die Staatsmacht ihnen dann Angebote für eine Unterbringung zumindest auf Zeit machen muss, wenn diese Camps in den Augen der Öffentlichkeit gar zu sichtbar anschwellen.

Neues städtisches Migrantencamp in Paris

Während an demselben Montag früh (05. September 2016) ein weiteres Mal eine solche Räumung im Pariser Norden stattfand[10], gab die hauptstädtische Bürgermeisterin Anne Hidalgo fast gleichzeitig die Pläne für das erstmals im Mai 16 von ihr erwähnte, künftig durch die Stadt einzurichtende Flüchtlingscamp bekannt[11]. Dieses soll rund 450 bis 600 Plätze bieten und auf einem früheren Bahngelände im 18. Bezirk angesiedelt werden, später soll eine weitere Einrichtung in Ivry südlich von Paris hinzukommen.

Auf die Aneinanderreihung menschenfeindlich wirkender Container wie in der Nähe von Calais, wie ursprünglich angedacht, hat die Stadt nun verzichtet. Stattdessen sollen rund um eine aufblasbare PVC-Kugel, die als Empfang dienen soll, kleine Wohneinheiten für je fünfzig Geflüchtete eingerichtet werden. Je vier Personen sollen in einem Gemeinschaftszimmer schlafen. In den Kantinenbereichen sollen sie über freien Internetempfang verfügen. Allerdings werden sich die Kapazitäten wohl schnell als unzureichend herausstellen, auch wenn den Betreffenden nur fünf bis zehn Tage Unterkunft gewährt werden soll.

In zwei Jahren wird das Camp einem im Bau befindlichen Hochschulprojekt, dem Campus Condorcet, weichen müssen. Dann wird es voraussichtlich den Standort wechseln, wie bei einer – Informationsveranstaltung im Rathaus des 18. Pariser Bezirks am Abend des 14. September – welche in angespannter Atmosphäre stattfand – angekündigt wurde.

Bernard Schmid, Paris ■

8 Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2016/09/09/97001-20160909FILWWW00354-calais-le-mur-termine-avant-la-fin-de-l-annee.php

9 Vgl. http://www.lemonde.fr/immigration-et-diversite/article/2016/09/15/cazeneuve-annonce-que-1-346-migrants-se-trouvant-a-calais-ont-ete-expulses-de-france-depuis-janvier_4998435_1654200.html

10 Vgl. http://www.lemonde.fr/immigration-et-diversite/article/ 2016/09/06/nouvelle-evacuation-d-un-campement-de-centaines-de-migrants-a-paris_4993216_1654200.html

11 Vgl. u.a. http://www.lemonde.fr/immigration-et-diversite/article/2016/09/06/paris-ouvre-une-bulle-d-accueil-de-court-sejour-pour-les-migrants_4993195_1654200.html und http://www.lemonde.fr/immigration-et-diversite/video/2016/09/06/anne-hidalgo-presente-les-centres-pour-migrants-qui-ouvriront-a-paris-et-ivry_4993534_1654200.html

chung der Wohnsitzauflage erfüllen. Die Verpflichtung zur Wohnsitznahme im jeweiligen Bundesland ist in §12a Abs. 1AufenthG gesetzlich geregelt.

Der Flüchtlingsrat begrüßt den Verzicht auf eine landesinterne Wohnsitzauflage. Die Landesregierung hat mit diesem Erlass die landespolitischen Spielräume für eine humane Umsetzung genutzt. Unsere grundsätzliche Kritik an der integrationsfeindlichen und völkerrechtlich fragwürdigen gesetzlichen Regelung bleibt davon unberührt.

Quelle: Pressemitteilung www.nds-fluerat.org 21.09.2016 ■

NRW: zum Wohnortzwang für Flüchtlinge

Ab Dezember sollen anerkannte Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen sich nicht mehr frei aussuchen können, wo sie leben wollen. Das wird das Land übernehmen und sie einem konkreten Wohnort zuweisen. Die entsprechende Regelung wurde von der Landesregierung beschlossen.

Anerkannten Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen soll von Dezember an ein konkreter Wohnort zugewiesen werden. Die Landesregierung beschloss eine entsprechende Verordnung zur Umsetzung der sogenannten Wohnsitzauflage. Kriterien für die Verteilung der Flüchtlinge auf alle 396 Städte und Gemeinden in NRW sind demnach zu 80 Prozent die Einwohnerzahl und zu jeweils zehn Prozent die Fläche und die Arbeitslosenzahlen in der Kommune.

Städte und Gemeinden mit einem angespannten Wohnungsmarkt oder mit besonderen Belastungen durch Zuwanderer aus EU-Staaten wie Bulgarien und Rumänien sollen jeweils zehn Prozent weniger Flüchtlinge aufnehmen müssen. Die Re-

Zur Änderung des AsylbLG

Flüchtlingsrat SH und Pro Asyl fordern Bundesländer und Bundestag auf, das Gesetz zu stoppen

Mit Bestürzung nehmen FLÜCHTLINGSRAT SH und PRO ASYL den gestern im Kabinett beschlossenen Gesetzentwurf zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes der Bundesregierung zur Kenntnis. Die Flüchtlingsorganisationen appellieren an den Bundestag und an die Bundesländer, dieses Gesetz nicht zu beschließen.

Deutliche Kürzungen unter das Existenzminimum, die Stärkung des unseligen Sachleistungsprinzips verbunden mit weiteren individuellen Kürzungen werden eine drastische Unterversorgung der Menschen zur Folge haben. Die dauerhafte Unterbringung in großen Sammelunterkünften wird dadurch gefördert, dass die Kommunen Flüchtlingen, die dort wohnen, nun weniger Geld auszahlen müssen. FLÜCHTLINGSRAT und PRO ASYL befürchten, dass einem kleinteiligen Kürzungs-Wildwuchs in der lokalen Verwaltungspraxis bis hin zur Willkür Vorschub geleistet und so insgesamt Integration und Teilhabe erheblich erschwert wird.

Äußerst fragwürdig ist, ob die neuen Regelungen einer erneuten Verfassungsprüfung standhalten würden. Das Bundesverfassungsgericht hat 2012 festgestellt: „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren." Die Konsequenz davon war ein Ende der jahrelangen Leistungskürzungen bei Flüchtlingen durch das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und die Anhebung der AsylbLG-Regelleistungen auf (fast) das Hartz-IV-Niveau nach SGB II. Während Hilfeempfänger*innen nach SGB-II/XII ab Januar 2017 mit leichten Erhöhungen rechnen können, wird mit dem vorliegenden Entwurf erneut die Axt an die Existenzsicherung von Flüchtlingen gelegt.

Das AsylbLG wird immer mehr zum Integrationshindernis: Die Menschen werden wieder stärker durch Armut bewusst in ihren Handlungsmöglichkeiten beschränkt und durch Sachleistungen entmündigt. Die Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen und eine legale Teilhabe am sozialen und kulturellen Alltag werden erschwert oder gar verhindert.

In einer ersten Einschätzung kritisieren FLÜCHTLINGSRAT und PRO ASYL im Einzelnen vor allem folgende Punkte:

Die Kürzungen der AsylbLG-Leistungen bei alleinstehenden Flüchtlingen, die in Gemeinschaftsunterkünften leben müssen, **sind sachlich nicht zu rechtfertigen**. Begründet wird die Kürzung mit Einspareffekten durch eine gemeinschaftliche Haushaltsführung, die angeblich mit der eines Paarhaushalts vergleichbar sei. Dabei wird das Offensichtliche ignoriert: Dass es sich bei den Menschen in staatlichen Unterkünften gerade nicht um freiwillige, enge Lebenspartnerschaften, sondern um Zwangsgemeinschaften handelt, die in der Regel auch nicht gemeinsam haushalten. Einspareffekte durch die Kürzungen ergeben sich dort nicht, aber sicher bei den Behörden: Zu befürchten ist, dass auch wegen dieser neuen Regelung viele Kommunen weiterhin auf die krank machende und integrationsfeindliche Zwangsunterbringung in Sammelunterkünften setzen.

Dass die Pauschalen für **Wohnungsinstandhaltung (Schönheitsreparaturen) und Strom werden künftig vom auszuzahlenden Regelsatz abgezogen** werden, war schon bislang zum Teil gängige Praxis. Es führt vor allem zu einem massiv erhöhten Aufwand für die Verwaltung wie auch die Betroffenen. Denn diese Leistungen müssen dann jeweils gesondert beantragt und als Geld- oder Sachleistung zusätzlich erbracht werden – ggf. müssen dann von der Verwaltung sogar höhere tatsächliche Kosten übernommen werden, als die Pauschale beträgt. Für die Flüchtlinge bedeutet die vorgesehene Regelung zusätzliche, kleinteilige Antragsarbeit, sie nimmt ihnen die für Sozialhilfeempfänger ausdrücklich vorgesehene Möglichkeit, mit ihrem Budget zu haushalten, also z.B. durch einen sehr sparsamen Umgang mit Strom mehr Geld für Kleidung zu haben.

Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf die Möglichkeit **weiterer, individueller Kürzungen im Einzelfall** vor. Pauschalen für Leistungen, die nicht nur einmalig oder kurzfristig „anderweitig gedeckt" würden, sollen vom Geldbetrag abgezogen werden. Hingewiesen wird in diesem Zusammenhang auf eine angeblich analoge Regelung im SGB. Fakt ist aber, dass dort auch ein individueller Mehrbedarf berücksichtigt wird, der AsylbLG-Entwurf enthält dagegen nur die Kürzungsmöglichkeit.

Diese Regelung stellt einen weiteren Schritt dar, die Ausgabe von Sach- statt Geldleistungen zu befördern. Dabei war erst 2015 die Abkehr vom Sachleistungsprinzip vereinbart worden, als Teil eines politischen Kompromisses, in dessen Gegenzug drei Balkanstaaten als „sicher" definiert worden waren („Kretschmann-Deal"). In der Praxis dürfte die Regelung die Kürzungsphantasie von Wohnheimbetreibern und Kommunen befördern und ggf. ungerechtfertigte Kürzungspraxen nach sich ziehen. Mit den sich im Zuge dessen stellenden Fragen dürften sich, sollte der AsylbLG-Entwurf wie vorliegend umgesetzt werden, künftig viele Gerichte in zahllosen Fällen beschäftigen.

Der aktuelle Gesetzentwurf belegt nun einmal mehr, dass das AsylbLG – einst ausdrücklich ersonnen als Abschreckungsinstrument – nicht reformfähig ist, sondern immer wieder, unter Zuhilfenahme immer neuer Begründungen, mit diskriminierendem Inhalt gefüllt wird.

Deshalb gilt weiterhin, was FLÜCHTLINGSRAT Schleswig-Holstein und PRO ASYL fordern und unlängst auch die Landesregierung Schleswig-Holstein für richtig hielt: Das AsylbLG gehört abgeschafft, Flüchtlinge sollten sozialrechtlich mit Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern gleichgestellt werden.

gez. Jasmin Azazmah

Quelle: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein – Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO Asyl 22.09.2016

gelung soll nach Beteiligung des Landtags und der Kommunen am 1. Dezember in Kraft treten.

Integrationsminister: Auflage wichtig für Integration

NRW-Integrationsminister Rainer Schmeltzer (SPD) erklärte, die Wohnsitzauflage sei ein wichtiges Instrument zur Erleichterung der Integration. Die Städte und Gemeinde bekämen damit erheblich mehr Planungssicherheit. Nach dem Integrationsgesetz, das seit August gilt, müssen auch anerkannte Flüchtlinge künftig drei Jahre in dem Bundesland bleiben, dem sie nach ihrer Aufnahme über den sogenannten Königsteiner Schlüssel zugewiesen wurden.

Die Länder können innerhalb ihres Gebiets konkrete Wohnorte vorschreiben. Damit könnten Ghettobildungen vermieden und die Last gleichmäßig verteilt werden. Ausnahmen gibt es für Flüchtlinge, die andernorts Arbeit, eine Ausbildung oder einen Studienplatz haben.

Kritiker des Wohnsitzzwangs befürchten, die Regelung könnte dazu führen, dass Familien auseinandergerissen werden. Zudem wird bemängelt, dass Flüchtlinge selbst am besten wissen müssten, wo sie am besten integriert werden können. Wer auf dem Land leben müsse, werde es beispielsweise schwer haben, einen Integrationskurs zu finden.

Broschüre des Monats

Wie sozial ist AfD wirklich?

In Auftreten und Sprache inszeniert sich die AfD gerne als Vertreterin des „kleinen Mannes“. In der Flüchtlingsdebatte spielt sie Abstiegsängste gezielt gegen Minderheiten aus – mit dem Anspruch die Interessen des „Volkes“ zu vertreten. Doch was ist dran an dieser Inszenierung? Vertritt die AfD in Sachen Sozialpolitik wirklich die Interessen der Normal- und Geringverdiener in Deutschland? In der kürzlich erschienen Publikation hat die Autorin Katharina Nocun im Namen der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen die Positionen der AfD bezüglich Mindestlohn, Leiharbeit und Arbeitslosengeld analysiert und ausgewertet. Auch die Steuerpolitik der AfD wurde unter die Lupe genommen: Vieles deute darauf hin, dass aus sozialpolitischer Warte eine gesunde Skepsis angebracht sei. Denn zentrale Akteure der AfD propagierten einen radikalen Neoliberalismus, der den Sozialstaat beschneiden wolle. Daher gilt es gerade auch für die Gewerkschaften neben der Auseinandersetzung mit nationalistischen und rassistischen Thesen der AfD, die wirtschaftspolitisch neoliberale Dimension dieser Partei kritisch in den Blick zu nehmen.

Die Studie gibt es zum Download unter: http://www.weiterdenken.de/de/2016/06/21/wie-sozial-ist-die-afd-wirklich

Quelle: http://www.gelbehand.de 16.09.2016 ■

Salafisten-Propaganda den Boden entziehen!

„Die Angaben der Bundesregierung zeigen, dass man das Problem nicht überbewerten darf. Die meisten Flüchtlinge haben schon in ihrer Heimat erlebt, wozu dschihadistische Terroristen fähig sind. Sofern Flüchtlinge hierzulande salafistische Moscheen besuchen, hat das auch nach Auffassung der Bundesregierung weniger ideologische als vielmehr rein praktische Gründe wie etwa die räumliche Nähe zur Flüchtlingsunterkunft.

Ausdrücklich vermerkt auch die Bundesregierung, dass eine Hinwendung vieler Flüchtlinge zur Salafistenszene „unwahrscheinlich“ sei, weil die meisten aus Ländern stammen, „in denen brutale jihadistische Gewaltanwendung und Verfolgung das Alltagsgeschehen bestimmen.“

Gleichwohl ist es Aufgabe der ganzen Gesellschaft, jeglichen Versuchen entgegenzutreten, Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, für Hasspropaganda einzuspannen.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen dabei die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Zwar anerkennt die Bundesregierung, dass diese am schnellsten Stabilität benötigen, umgesetzt wird dies in der Praxis jedoch nicht. Stattdessen dauern die Asylverfahren gerade bei ihnen am längsten.

In Zukunft sollte häufiger versucht werden, Flüchtlinge selbst in den Kampf gegen salafistische Rattenfänger einzubinden. Wer etwa in Syrien gesehen hat, welche Verbrechen der IS begeht, der sollte ermuntert werden, darüber auch gegenüber anderen Flüchtlingen zu berichten.“

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 21.09.2016 ■

Noch immer keine Gedenktafel für Halim Dener

Seit Jahren fordert die „Kampagne Halim Dener“ politische Konsequenzen aus dem Tod des jungen kurdischen Flüchtlings, der 1994 im Alter von 16 Jahren von der Polizei beim Plakatieren erwischt und von hinten erschossen wurde. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen hat damals den Fall intensiv begleitet und die fragwürdige juristische Aufarbeitung sowie den schlussendlich erfolgten Freispruch des Täters auch öffentlich kritisiert.

Am 21.06.2016 demonstrierten 200 Menschen aus Anlass des 22. Jahrestags des Todes von Halim Dener und forderten Konsequenzen – passiert ist jedoch bislang nichts. Die Stadt Hannover weigert sich bis heute, in Erinnerung an den Tod des jungen Kurden auch nur eine Gedenkstätte errichten zu lassen. Im März hatten Unbekannte daher selbst eine Art Gedenktafel installiert: Sie verlegten einen Stein vor der Einmündung der Reitwallstraße mit dem eingravierten Satz: „Halim Dener, am 30. Juni 1994 von der Polizei ermordet“. Keine Woche später ließ die Stadt den Gedenkstein jedoch wieder entfernen.

Die Initiative ruft daher mit dem hier dokumentierten Aufruf (http://halimdener.blogsport.eu/) zu einer 24stündigen Kundgebung für ein *würdevolles Gedenken an Halim Dener* vom 25.09.2016, 18 Uhr bis zum 26.09.2016, 18 Uhr auf und will ihre Forderungen nochmal laut werden lassen.

Der Flüchtlingsrat unterstützt die Forderung nach einer Gedenktafel und ruft dazu auf, die Kundgebung zu unterstützen.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 22.09.2016 ■

Asylbewerber müssen für 80 Cent die Stunde arbeiten

In Hessen sollen Asylbewerber verpflichtet werden, für 80 Cent die Stunde Sozialarbeit zu leisten. Wer sich dieser „Integrationsmaßnahme“ entzieht, soll mit Leistungskürzungen sanktioniert werden.

Flüchtlinge, die sich noch im Asylverfahren befinden, sollen künftig in Hessen für einige Monate gemeinnützige Arbeit leisten. Ein entsprechendes Programm stellten Sozialminister Stefan Grüttner (CDU) und der Regionaldirektor der Bundesagentur für Arbeit (BA), Frank Martin, am Montag in Wiesbaden vor. Flüchtlinge sollten damit schrittweise an den Arbeitsmarkt herangeführt werden. Außerdem solle vermieden werden, dass Asylbewerber über Monate untätig in einer Warteschleife verharren müssen.

Mit dem Programm setzen Landesregierung und Arbeitsverwaltung eine Anfang August im Integrationsgesetz des Bundes geschaffene Möglichkeit um. Vom Bund kommt auch das Geld, wobei für Hessen in diesem Jahr 5,5 Millionen Euro zur Verfügung stehen und ab kommendem Jahr 16,6 Millionen. Das Geld fließt in die Kommunen, die entsprechend der jeweiligen Aufnahmequote von Flüchtlingen bedacht werden. Sie müssen auch die Arbeitsgelegenheiten schaffen.

Wer eine solche, auf sechs Monate befristete Arbeit aufnimmt, erhält nach den gesetzlichen Vorgaben ein Entgelt von 80 Cent pro Stunde zusätzlich zu den üblichen Leistungen für Asylbewerber. Sanktionen drohen aber, wenn jemand für eine solche Integrationsmaßnahme ausgewählt wird, aber die Mitarbeit verweigert. Dann könnten die Asylbewerberleistungen gekürzt werden, sagte Grüttner.

Quelle: http://www.migazin.de 20.09.2016 ■

WELTKINDERTAG
Mehrheit fordert gleiche Rechte für Flüchtlingskinder

Einer aktuellen Umfrage zufolge ist eine deutliche Mehrheit der Deutschen für eine Gleichstellung der rechtlichen Lage von Flüchtlingskindern. Mehr als jeder Zweite kann sich sogar ein Engagement für die Kinder vorstellen. Der Deutsche Kinderhilfswerk sieht einen Handlungsauftrag für Bund und Länder.

Die Mehrheit der Deutschen fordert eine bessere rechtliche Lage von Flüchtlingskindern. Wie aus einer Befragung von infratest dimap im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerks hervorgeht, sind 69 Prozent der Ansicht, alle in Deutschland lebenden Kinder sollten die gleichen Rechte haben. Demgegenüber vertraten 28 Prozent der Befragten die Meinung, dass jungen Flüchtlingen nicht sofort die gleichen Möglichkeiten geboten werden könnten.

Mehr als die Hälfte der Bundesbürger (54 Prozent) könne sich zudem vorstellen, sich persönlich für Flüchtlingskinder zu engagieren, wenn ihnen damit das Leben erleichtert werden könnte – beispielsweise in Form einer Patenschaft oder durch ehrenamtliche Hilfe. Vier Prozent der Befragten gaben an, sich bereits für Flüchtlingskinder einzusetzen.

Deutlicher Handlungsauftrag

Der Präsident des Deutschen Kinderhilfswerks, Thomas Krüger, wertete die Ergebnisse als einen deutlichen Handlungsauftrag für Bund und Länder, Diskriminierungen gegenüber jungen Migranten abzubauen und „ihnen von Anfang an eine Zukunftsperspektive zu geben“. Die Asylgesetze widersprächen an vielen Stellen der UN-Kinderrechtskonvention und grenzten junge Flüchtlinge systematisch aus.

Gleichzeitig mahnte Krüger, den sozialen Zusammenhalt in Deutschland zu bewahren. Eine überdurchschnittliche Bereitschaft zur Unterstützung von Flüchtlingskindern komme vorwiegend aus höheren Einkommensgruppen und Bildungsmilieus, erklärte er. Für die repräsentative Befragung wurden deutschlandweit 1008 Wahlberechtigte ab 18 Jahren telefonisch befragt. Anlass ist der heutige Weltkindertag.

Quelle: www.migazin.de 20.0 9.2016 ■

Abschiebung vor Ausbildung

Bayerns Regierung verunsichert Arbeitgeber*innen und konterkariert Integration

Eine gelingende Integration sollte zum frühestmöglichen Zeitpunkt beginnen. Langes Warten und Untätigkeit kostet Lebenszeit und Sozialleistungen. Es demotiviert Flüchtlinge und vernichtet Qualifikationen. Das bayerische Innenministerium stellt sich dennoch auf den Standpunkt, Flüchtlinge erst nach der Anerkennung in den Arbeitsmarkt zu integrieren oder zur Ausbildung zuzulassen.

Wird das von der Arbeitgeber*innen Seite nicht beherzigt, sind diese selbst schuld. Zum Beispiel im Falle eines jungen Albaners, der erfolgreich sein erstes Lehrjahr als Koch in einem Hotel-Restaurant im Spessart beendet hat. Die Ausbildung wurde staatlich durch das AsA-Programm (Assistierte Ausbildung) gefördert. Der Albaner war gut integriert, wollte die Ausbildung fortsetzen, sein Arbeitgeber setzte sich sehr für ihn ein, schaltete auch die Handwerkskammer ein. Zwecklos: die Ausländerbehörde erteilte keine weitere Duldung zur Ausbildung. Der 23-jährige Dritan C. wurde am 6. September 2016 abgeschoben.

Der Arbeitgeber und Ausbilder versteht das nicht. Denn zugleich wird in Albanien um Azubis und Fachkräfte für Mängelberufe in Deutschland geworben. Koch zählt hier dazu. Der Hotelier sieht durch die Abschiebung sein Engagement verhöhnt und seine Interessen als Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb stark geschädigt. Gegenüber der Handwerkskammer hat er jetzt schriftlich mitgeteilt, er werde aufgrund dieser Erfahrung künftig keine Flüchtlinge, auch keine mit Anerkennung, mehr zur Ausbildung oder Anstellung akzeptieren. Der Hotelier ist kein Einzelfall. Zunehmend sind Arbeitgeber*innen und Ausbildungsbetriebe zurückhaltend, wenn es um die Einstellung von Flüchtlingen geht, die noch im Asylverfahren sind. Weil die Verfahren aber immer noch oft viele Monate dauern, verstreicht wertvolle Zeit für eine gelingende Integration. Das bayerische Innenministerium hat seine harte Haltung erst Anfang des Monats durch ein Rundschreiben bekräftigt.

Der Bayerische Flüchtlingsrat kritisiert die bayerische Praxis, Flüchtlingspolitik ausschließlich an Abschiebung und Abschreckung auszurichten. Während der Bund mit der gesetzlichen Verankerung einer Duldung zu Ausbildungszwecken, die Flüchtlingen in Ausbildung und Betrieben Sicherheit geben soll, auf frühzeitige Integration setzt, orientiert sich Bayern an der Desintegration.

„Flüchtlingspolitik und Integration dem Innenministerium zu überlassen ist ein Holzweg. Das Innenministerium kann Repression, aber keine Integration. Bestehende Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisse sind dem bayerischen Innenministerium kein Grund, nicht abzuschieben. Das verunsichert Arbeitgeber*innen und Ausbildungsbetriebe und konterkariert Integration“, so Stephan Dünnwald, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats.

„Der Bayerische Flüchtlingsrat fordert, die Interessen von Flüchtlingen und Betrieben stärker zu gewichten. Eine mögliche Ablehnung oder Abschiebung aus asylpolitischen Gründen darf nicht die einzige Ratio sein, nach der entschieden wird. Die bayerische Politik verspielt hier den Vertrauensschutz, den Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse genießen sollten, und schädigt sowohl die Integration von Flüchtlingen als auch die bayerische Wirtschaft.“

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 20.09.2016 ■

Solidarität mit Protestcamp

Laut werden gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus

Seit mehr als zwei Wochen protestieren Geflüchtete in einem Camp am Sendlinger Tor in München. Mit dem Protest fordern sie grundlegende Menschenrechte ein wie das Recht auf ein Bleiberecht in Deutschland, auf Arbeit und Freizügigkeit. Die bisherigen Medienstimmen zum Protestcamp sagen, dass Geflüchtete der-

zeit keinen Anlass für Proteste hätten, diese zur falschen Zeit und am falschen Ort protestierten. Dahinter steht, dafür sei die Stimmung in der Bevölkerung gerade nicht die Richtige. Diese Einschätzung teilen wir nicht. Es gibt viele Gründe für Geflüchtete, für Ihre Rechte zu protestieren. Sie wollen u.a. auf die Asylgesetzesverschärfungen aufmerksam machen und diese anprangern.

So haben sich die Anforderungen an Atteste zu Reiseunfähigkeit massiv erhöht, so dass Abschiebungen trotz schwerer Krankheiten möglich sind und durchgeführt werden. Durch das neu eingeführte Integrationsgesetz können selbst anerkannte Geflüchtete ihren Wohnsitz nicht mehr frei wählen. Auch wenn deutlich weniger geflüchtete Menschen in Deutschland ankommen als im Herbst 2015, ist die reale Lebenssituation vieler Geflüchteter weiterhin katastrophal: Sie sind verpflichtet in Unterkünften in Mehrbettzimmern zu leben, die oft weit weg von Beratungsangeboten, Sprachkursen und Ausbildungs- und Arbeitsplätzen liegen, durch die Erteilung von Arbeits- und Ausbildungsverboten werden Geflüchtete teilweise jahrelang zum Warten gezwungen ohne die Aussicht auf eine Perspektive und die Chance auf eine Integration in Deutschland.

Sie protestieren zentral am Sendlinger Tor, weil sie gehört werden wollen. Es geht nicht um ihre Situation in München, sondern um ihre Lebenswirklichkeit in Deutschland, die Ihnen oft keine Teilhabe und Integration ermöglicht.

Dabei nehmen Sie verständlicherweise keine Rücksicht auf die „Stimmung" von besorgten oder zweifelnden Bürger*innen, nach deren Meinung Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen etc. gerechtfertigt sind.

Der Bayerische Flüchtlingsrat zeigt sich solidarisch mit den Protestierenden am Sendlinger Tor und unterstützt die Forderungen der Geflüchteten. Es ist wichtig, gemeinsam laut zu werden gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus.

https://refugeestruggle.org/Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 22.09.2016 ■

Weniger Flüchtlinge überqueren das Mittelmeer

In diesem Jahr sind mehr als 3200 Menschen bei der Überfahrt im Mittelmeer ums Leben gekommen oder werden vermisst. Insgesamt verzeichnet das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR einen deutlichen Rückgang der Flüchtlingszahlen.

Etwa 300 000 Menschen haben Europa in diesem Jahr über das Mittelmeer erreicht. Dies seien deutlich weniger als in den ersten neun Monaten 2015, teilte das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR am Dienstag in Genf mit. Von Januar bis September 2015 hätten 520 000 Flüchtlinge die gefährliche Überquerung geschafft. UN-Experten erklärten den Rückgang vor allem mit der Schließung der sogenannten Balkanroute und dem Abkommen der EU mit der Türkei über die Rückführung von Flüchtlingen.

Aus diesem Grund sei der Rückgang vor allem in Griechenland zu verzeichnen, wo seit Januar 2016 knapp 166 000 Flüchtlinge und Migranten an Land gingen. In den ersten neun Monaten 2015 seien es 385 000 gewesen. Griechenland gilt als Ausgangspunkt der Balkanroute. In Italien hingegen sind demnach in diesem Jahr nur geringfügig weniger Geflohene über das Mittelmeer angekommen: etwa 130 000 in diesem Jahr, 132 000 im Vergleichszeitraum 2015.

Über 3200 Menschen ums Leben gekommen

Mindestens 3.211 Menschen sind nach UN-Angaben in diesem Jahr bei der Überfahrt ums Leben gekommen oder werden vermisst. Im gesamten vergangenen Jahr waren es mindestens 3.771 Tote und Vermisste. Die Flüchtlinge versuchen das Mittelmeer in ungeeigneten, maroden und komplett überfüllten Booten zu überqueren. Viele von ihnen können nicht schwimmen.

In Griechenland kommen laut UNHCR vorwiegend Menschen aus den Konfliktländern Syrien, Afghanistan und Irak an. Hingegen stammen fast alle Menschen, die in Italien an Land gehen, aus afrikanischen Staaten wie Nigeria, Eritrea, Gambia oder dem Sudan.

Quelle: http://www.migazin.de 21.09.2016 ■

PRO ASYL-Protestaktion:

Afghanistan ist nicht sicher

Über 1600 Tote und mehr als 3500 Verletzte unter der afghanischen Zivilbevölkerung im ersten Halbjahr 2016 sprechen eine deutliche Sprache. Herr Innenminister, geben Sie endlich zu, dass Afghanistan nicht sicher ist!

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Bleibt dort! Wir führen euch aus Europa … direkt nach Afghanistan zurück" – diese verängstigende Botschaft verkündete Innenminister Thomas de Maizière afghanischen Schutzsuchenden bereits im November 2015. Zur gleichen Zeit lag die Schutzquote für Afghan*innen bei rund 78%.

Mittlerweile wird immer deutlicher, dass tatsächlich möglichst viele afghanische Flüchtlinge aus Deutschland abgeschoben werden sollen. Ein Rückübernahmeabkommen mit Kabul soll kurz vor dem Abschluss stehen.

Die Schutzquote für Afghan*innen ist zuletzt auf 48% gesunken. Abgelehnte afghanische Flüchtlinge schildern uns Repressionen und Bedrohungen – vor allem durch die Taliban. Sie berichten von Zwangsrekrutierungen, Entführungen, Todesdrohungen und der Ermordung von Familienmitgliedern. Die Angst vor Anschlägen ist allgegenwärtig. Mehr Informationen über die Lage in Afghanistan haben wir in einem Flyer für Sie zusammengestellt. Ausführliche Berichte und Analysen finden Sie in der PRO ASYL-Broschüre „Afghanistan: Kein sicheres Land für Flüchtlinge" , die unter www.proasyl.de bestellt werden kann.

PRO ASYL fordert: Keine Abschiebungen nach Afghanistan! Bitte unterstützen Sie unsere Aktion! Machen Sie deutlich, dass Sie mit Abschiebungen nach Afghanistan nicht einverstanden sind und senden Sie eine Protestpostkarte an Bundesinnenminister Thomas de Maizière!

Viele Grüße,
Ihr PRO ASYL-Team

Protestieren Sie mit uns:

Keine Abschiebungen nach Afghanistan! ist unter www.proasyl.de zu erhalten. *Quelle: Pro Asyl 22.09.2016* ■

5 Jahre NSU: Im Gedenken an die Opfer – Aufklärung vorantreiben!

Antifaschistisches Magazin „der rechte rand" Schwerpunktheft erschienen

Ein schwarzes Cover, die Namen der zehn vom NSU ermordeten Menschen darauf in weißer Schrift, und: „Im Gedenken an die Opfer des NSU". Der Titel der 162. Ausgabe vom antifaschistischen Magazin „der rechte rand" ohne Bild scheint angemessen, um der Dimension des rechten und rassistischen NSU-Terrors gerecht zu werden. Es soll herausstellen, um wen es – wenn wir recherchieren, schreiben und analysieren – immer gehen sollte: Die Opfer. Ihre Angehörigen müssen seit über 16 Jahren damit leben, dass ihre Ehemänner, Väter und Söhne – und in einem Fall ihre Tochter – ermordet wurden und dass immer noch nicht alle Hintergründe der Taten geklärt wurden.

Aus der Perspektive der Betroffenen ist die Geschichte des NSU kein spannender Geheimdienstthriller, kein aufregender Krimi. Für sie bedeutet „NSU" ein Verbrechen, das von Grund auf ihr Leben verändert hat. Es bedeutet, in einem Staat zu leben, der nicht nur damals keinen Schutz geboten, sondern der bis heute die politisch Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen hat. Der nicht nur damals zuließ, dass die Verfassungsschutzbehörden ihre Spitzel im Dunstkreis des NSU aufstellten, sondern der bis heute keinen reinen Tisch im Verfassungsschutz gemacht hat.

Der aktuelle Schwerpunkt der 162. Ausgabe des Fachmagazins „der rechte rand" benennt offene Fragen zur rassistischen Mordserie, zum Entstehen des NSU und zum Agieren von Politik, Gesellschaft, Polizei und Geheimdiensten, gibt einen Überblick über den Stand der Aufklärung in den zehn Bundesländern, die einen direkten Bezug zu der Terrorgruppe hatten, beleuchtet den Stand des Münchener NSU-Prozesses aus Sicht der Nebenklage, fragt nach den Möglichkeiten der Aufklärung von ntersuchungsausschüssen in Geheimdienst-Skandalen und vergleicht die rassistischen Mobilsierungen und Anschläge der frühen 1990er Jahre mit den Welle von rechten Angriffen auf Geflüchtete heute.

Außerdem im Heft: Ein Porträt des traditionsreichen „Studienzentrum Weikersheims" an der Schnittstelle zwischen Konservatismus und extremer Rechter, eine Analyse der Entwicklung des Debattenmagazins „Tumult – Vierteljahresschrift für Konsensstörung" in die Sphären der „Neuen Rechten", ein Überblick über einflußreiche Burschenschafter in der AfD und die bisherige Schwäche der neuen Rechtspartei an den Hochschulen.

Außerdem im Heft: Ein Kommentar zur „Brexit"-Kampagne und rassistischer Gewalt, Aktuelles zur „Alternative für Deutschland", Gerichtsverfahren gegen neonazistische Gewalttäter.

Das antifaschistische Magazin „der rechte rand" erscheint sechsmal im Jahr und ist per abo@der-rechte-rand.de oder unter www.der-rechte-rand.de zu bestellen.

Kostenlose Downloads älterer Ausgaben unter www.der-rechte-rand.de.

Redaktion der rechte rand
Mark Roth

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides – Förderverein Antifaschistische Nachrichten ; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Die aktuellen Kriege und die militärische Konfrontation gegen Russland treiben uns auf die Straße.

Deutschland befindet sich im Krieg fast überall auf der Welt. Die Bundesregierung betreibt eine Politik der drastischen Aufrüstung. Deutsche Konzerne exportieren Waffen in alle Welt. Das Geschäft mit dem Tod blüht.

Dieser Politik leisten wir Widerstand. Die Menschen in unserem Land wollen keine Kriege und Aufrüstung – sie wollen Frieden.

Die Politik muss dem Rechnung tragen. Wir akzeptieren nicht, dass Krieg immer alltäglicher wird und Deutschland einen wachsenden Beitrag dazu leistet: in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Jemen, Mali. Der Krieg in der Ukraine ist nicht gestoppt. Immer geht es letztlich um Macht, Märkte und Rohstoffe. Stets sind die USA, NATO-Mitgliedstaaten und deren Verbündete beteiligt, fast immer auch direkt oder indirekt die Bundesrepublik.

Krieg ist Terror. Er bringt millionenfachen Tod, Verwüstung und Chaos. Millionen von Menschen müssen fliehen. Geflüchtete brauchen unsere Unterstützung und Schutz vor rassistischen und nationalistischen Übergriffen. Wir verteidigen das Menschenrecht auf Asyl. Damit Menschen nicht fliehen müssen, fordern wir von der Bundesregierung, jegliche militärische Einmischung in Krisengebiete einzustellen.

Die Bundesregierung muss an politischen Lösungen mitwirken, zivile Konfliktbearbeitung fördern und wirtschaftliche Hilfe für den Wiederaufbau der zerstörten Länder leisten.

Die Menschen brauchen weltweit Gerechtigkeit. Deshalb lehnen wir neoliberale Freihandelszonen wie TTIP, CETA, ökologischen Raubbau und die Vernichtung von Lebensgrundlagen ab.

Deutsche Waffenlieferungen heizen die Konflikte an. Weltweit werden täglich 4,66 Milliarden Dollar für Rüstung verpulvert. Die Bundesregierung strebt an, in den kommenden acht Jahren ihre jährlichen Rüstungsausgaben von 35 auf 60 Milliarden Euro zu erhöhen. Statt die Bundeswehr für weltweite Einsätze aufzurüsten, fordern wir, unsere Steuergelder für soziale Aufgaben einzusetzen.

Das Verhältnis von Deutschland und Russland war seit 1990 noch nie so schlecht wie heute. Die NATO hat ihr altes Feindbild wiederbelebt, schiebt ihren politischen Einfluss und ihren Militärapparat durch Stationierung schneller Eingreiftruppen, Militärmanöver, dem sogenannten Raketenabwehrschirm – begleitet von verbaler Aufrüstung – an die Grenzen Russlands vor. Das ist ein Bruch der Zusagen zur deutschen Einigung. Russland antwortet mit politischen und militärischen Maßnahmen. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Nicht zuletzt steigert die Modernisierung genannte Aufrüstung der US-Atomwaffen die Gefahr einer militärischen Konfrontation bis hin zu einem Atomkrieg.

Sicherheit in Europa gibt es nur MIT und nicht GEGEN Russland.

Wir verlangen von der Bundesregierung:

- den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen
- die drastische Reduzierung des Rüstungsetats
- den Stopp der Rüstungsexporte
- die Ächtung von Kampfdrohnen
- keine Beteiligung an NATO-Manövern und Truppenstationierungen entlang der Westgrenze Russlands.

Wir sagen Nein zu Atomwaffen, Krieg und Militärinterventionen.

Wir fordern ein Ende der Militarisierung der EU. Wir wollen Dialog, weltweite Abrüstung, friedliche zivile Konfliktlösungen und ein auf Ausgleich basierendes System gemeinsamer Sicherheit.

Für diese Friedenspolitik setzen wir uns ein.

Wir rufen auf zur bundesweiten Demonstration am 8.10.2016 in Berlin.

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370

Bundesausschuss Friedensratschalg

Berliner Friedens-koordination